In der Freiheit geboren, von der Freiheit verraten

Was wünschen tschechische und ostdeutsche Kinder des Postkommunismus



LUKAS RIGTZSCHEL

KLÁRA VLASÁKOVÁ

Z CHRISTIAN WEIBGERBER ANNA **ZB** Karnikova

ELISA OUTSCHE JU

JOSEF Patočka



WIR, DIE KINDER DES POSTKOMMUNISMUS. MEHR ALS NUR DAFUR DANKEN, WAS MÖGLICH

Kateřina Smejkalová



ährend wir in Tschechien das wichtige Jubiläum von drei Dekaden seit der Samtenen Revolution bereits letzten Herbst begingen, erwartet die Deutschen dieses Jahr am 3. Oktober ein nicht weniger wichtiger Jahrestag: dreißig Jahre seit der Deutschen Wiedervereinigung. Bei dieser Gelegenheit wurde in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Prag auf dem tschechischen Nachrichten- und Kommentareportal Deník Referendum ein Zyklus von sechs Essays von jeweils drei Autor_innen

veröffentlicht – jungen Menschen aus Tschechien und Ostdeutschland, die zwischen 1983 und 1994 auf die Welt kamen, den "Kindern des Postkommunismus" also.

Revolten gegen den bis vor Kurzem geltenden gesellschaftlichen Konsensus sind sicherlich nicht ausschließlich im postkommunistischen Raum zugange – es reicht ein Blick auf die Trumpschen Vereinigten Staaten oder den Brexit. Und wenngleich sich eine Art Desillusionierung auch zwischen den ehemaligen Ostblockstaaten im Detail deutlich voneinander unterscheidet, kann gleichzeitig festgehalten werden, dass genau hier die Revolte zum einen in vielerlei Hinsicht besonders stark und gleichzeitig spezifisch ausfällt.

Dass mit den Staaten des ehemaligen Sowjetblocks "etwas nicht stimmt", wurde insbesondere im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise vor fünf Jahren deutlich, die in Ostdeutschland die Bewegung PEGIDA gebar. Die wiederum teilweise daraus hervorgegangene nationalistisch-konservative Partei Alternative für Deutschland (AfD) hat seitdem vielerorts bis zu einem Viertel der Wählerstimmen erreicht. Auch bei uns hat sich die gesellschaftliche Debatte und die Positionen von traditionellen Parteien deutlich in eine ähnliche Richtung verschoben.

Es geht aber bei Weitem nicht nur um die Flüchtlinge: es scheint, als würden immer mehr Einwohner des postsowjetischen Mittelosteuropas die Europäische Union ablehnen samt allem, was als Import daher wahrgenommen wird: von der Gleichstellung der Geschlechter oder anderer strukturell benachteiligter Gruppen bis hin zum Klimawandel. Eine allgemeine Politikverdrossenheit, Misstrauen gegenüber dem Staat, aber auch sonstigen traditionellen Institutionen wie Medien oder politische Parteien, sind hier offenbar stärker als in den meinsten Ländern des europäischen Westens.

Es gibt in unserem Kontext kaum tiefergehende und gleichzeitig produktive Erklärungen, warum dem so ist. Es ist für den Postkommunismus typisch, in dieser Hinsicht eine spezifische Mentalität zu bemühen, die angeblich ein Ergebnis der kommunistischen Totalität darstellt. Wahlweise wird die Schuld den fake news zugeschrieben, der russischen Propaganda oder einer allgemeinen zivilisatorischen Rückständigkeit.

Obwohl alles davon eine bestimmte Rolle spielen mag, ist immer offensichtlicher, dass wir noch andere, bessere Erklärungen brauchen. Fake news brauchen schließlich einen Nährboden, um ihre Wirkung zu entfalten, und seit der Phase der sog. politischen Normalisierung in den 70er und 80er Jahren verging bereits fast anderthalb Mal so viel Zeit, wie sie selbst dauerte.

Der Blick auf den Osten Deutschlands ist in dieser Hinsicht inspirierend. Den Schock über die Reaktionen auf die Ankunft der Geflüchteten

hat man hier in den letzten Jahren in eine lebhafte, anregende, aber auch schmerzhaft offene Debatte darüber verwandelt, was nun eigentlich im Osten des Landes nicht funktioniert. Es ist die Rede von einer materiellen und symbolischen Marginalisierung der Menschen aus dem Osten, der brutal durchgeführten Privatisierung, einer gewissen postkolonialen Einstellung des Landeswesten zur ehemaligen DDR, aber auch von weiterhin bestehenden Einkommens- und Besitzunterschieden, sowie der ungleichen Repräsentanz in der Politik und dem öffentlichen Leben im Allgemeinen.

An der Debatte beteiligen sich in jüngster Zeit vor allem junge Menschen aus dem Osten, die die beschriebenen Aspekte nicht nur darzustellen wissen, sondern es auch vermögen, eine Mittlerrolle einzunehmen, welche dabei hilft, die symbolischen Wunden zu heilen und sich für eine gerechtere Aufarbeitung der ostdeutschen Erfahrungen einsetzen zu können. Sie tun dies nicht nur auf Grund eigener Bestrebungen, sondern auch für die eigenen Eltern mit denen viele von ihnen trotz politischer Meinungsunterschiede einfach nicht brechen (können): während des Aufwachsens haben sie doch selbst gesehen, wo diese herkommen.

Im Unterschied dazu fehlt dieses bestimmte Erwachen der gleichen Generationen bei uns bislang, obwohl klar ist, dass viele ostdeutsche Erfahrungen mit unseren vergleichbar sind. Von dem Unterschied zwischen dem ostdeutschen Beitritt zu Westdeutschland und unserer größeren Unabhängigkeit bei der Bestimmung unseres eigenen Weges, sollten wir uns da nicht täuschen lassen.

Auch wir haben uns schließlich im Grunde gleich in bereits existierende Strukturen eingegliedert formelle wie ideologische, gedankliche wie kulturelle. Auch wir wollten ohne eine Bewertung der eigenen spezifischen und in vielerlei Hinsicht sicherlich inspirierenden Erfahrung einfach nur noch einen freien Markt. Beim Blick auf die ertragreiche deutsche Debatte könnte die Öffnung des Raumes für die Kinder des Postkommunismus, zu einer Reflexion unserer neusten Geschichte führen und vieles für eine Ausleuchtung und Erneuerung unserer politischen Situation bewirken.

Auch uns würde eine selbstbewusste Formulierung von einer spezifischen, vielschichtigen postkommunistischen Identität und des erlebten Aufwachsens "zwischen zwei Welten" helfen, wo wir zwar sehr gern zum demokratischen Westen gehören würden, aber alleine der Blick auf den Lohnzettel uns schnell zeigt, wie weit entfernt wir davon sind. Auch wir brauchen die Vermittlung der bislang eher unterdrückten Erlebnissen aus der Vor- und Nachwendezeit und der Verwundungen der Generation unserer Eltern und Großeltern, die diese häufig aus Bitterkeit oder fehlendem Abstand selbst zu formulieren nicht im Stande oder Willens ist. Dabei steht fest, dass sehr viele tschechische Geschichten aus der Zeit nach 1989 noch zu erzählen sind...

Autobiographisches Erzählen von den Peripherien, sowohl im geographischen Sinne wie auch im Sinne von Rändern des Mainstreaminteresses, sind dabei seit jeher sowohl in der Kunst als auch bei der Formulierung der gesellschaftlichen Realität eine wichtige Waffe. Wir baten daher jeweils drei Autoren und Autorinnen aus Ostdeutschland und der Tschechischen Republik um möglichst persönliche Reflexionen der eigenen Generation der "Kinder des Postkommunismus" – der um 1989 Geborenen.

Wie erklären sie sich aus ihrer Position heraus, was um sie herum passiert? Wie werden sie damit fertig? Welchen Beitrag wollen sie leisten? Die Essays unterscheiden sich trotz dieser gemeinsamen Vorgabe im Format und Ausrichtung, und zwar auch deswegen, weil alle Beitragenden aus unterschiedlichen beruflichen Kontexten kommen – von einem Schriftsteller über eine Juristin bis hin zur Direktorin einer großen Umwelt-NGO. Zusammen bilden sie eine Collage der Einstellungen der Kinder des Postkommunismus, die mit ihrer Perspektive über die in Tschechien häufig genutzte, aber mittlerweile leere Phrase "danke dafür, was möglich geworden ist" hinausgehen.

Ich wünsche mir, dass das Projekt In der Freiheit geboren, von der Freiheit verraten sowohl in Tschechien wie auch hinter der deutschen Grenze dazu beiträgt, dass wir die diesjährigen Jubiläen ein wenig besser nutzen als die vorausgegangenen.

Die Autorin koordinierte das Projekt für die Friedrich-Ebert-Stiftung. Sie ist Jahrgang 1986 und daher selbst ein Kind des Postkommunismus





Lukas Rietzschel E

s kommt dieser Tage häufig vor, dass ich auf einem Podium sitze und über den Osten rede. Über die Nachwende, mögliche Verletzungen, Verwerfungen. Über den sogenannten Riss, der durch die Gesellschaft zu gehen scheint und der vor allem für westdeutsche Beobachter_innen ziemlich genau entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze verläuft.

Ich bin dankbar für die Begegnungen bei diesen Podiumsdiskussionen. In Basel durfte ich Marion Brasch kennenlernen, in Rostock Dietlind Glüer und immer wieder, an verschiedenen Orten, unterschiedliche Menschen,

die ihre Erfahrungen aus DDR-Zeiten teilen, oder, wie ich, mehr Fragen als Antworten über dieses verschwundene Land und seine in die Bundesrepublik transformierte Gesellschaft haben.

Als Nachwendegeborener befinde ich mich in der mehr oder weniger komfortablen Situation, über ein Sujet reden zu können, zu dem ich zwangsläufig, qua Geburt, eine Distanz habe. Offene Rechnungen, Kränkungen oder verborgene, revisionistische Sehnsüchte etwa kann man mir nicht vorwerfen. Aus dieser Position heraus Kritik zu üben oder auch Lob zu äußern, fällt leicht. Älteren Kolleginnen oder Kollegen wird oftmals die eigene Biografie vor Augen geführt, wie Detlef Pollack, der über die Rolle der Opposition während der friedlichen Revolution in Leipzig schrieb, damit eine Debatte über das Erbe der Revolution auslöste und in einer Widerrede von Ilko-Sascha Kowalczuk gespiegelt bekam, sich im Oktober des Jahres 1989 in der Schweiz aufgehalten zu haben.

Dieser Form aus biografischer Verflechtung und Kritikmündigkeit entgehe ich nicht gänzlich. Besonders bei Lesungen im Osten begegne ich zunächst verschränkten Armen und ernsten Gesichtern. Die ersten Reihen erweisen sich als besonders hartnäckig. Es steht die Frage im Raum: "Was erzählt der uns über unsere Geschichte?" Es dauert eine Weile, bis deutlich wird, dass ich niemanden vorführen oder verhöhnen möchte, da besteht eine grundsätzliche Besorgnis, die damit zu tun hat, wie westdeutsche Bundesbürger_innen und Politiker_innen lange Jahre über die ostdeutschen gesprochen haben und damit auch über meine Eltern und Großeltern. In gewisser Weise auch über mich.

Immer wieder kommt die Frage auf, warum es im Osten keine 68er-Bewegung gab oder gibt oder ob sie noch eintritt.

Fehlende Kontinuität

Das ist eine westdeutsche Frage, die auf westdeutsche Protestbewegungs- und Geschichtsaufarbeitungserfahrung referiert. Sie impliziert die Aufforderung nach Abgrenzung und Auflehnung einer jüngeren Generation gegen die der Eltern und Großeltern. Sie ist verständlich. Aber auf den Osten nicht anwendbar.

Für viele der westdeutschen Jugendlichen und Studierenden war die Erfahrung prägend, dass es eine Kontinuität zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und dem der Bundesrepublik gab. Dass Lehrer, Professoren, Ärzte, Juristen, später sogar Offiziere von einem System ins nächste gewechselt waren, ohne für ihre vorherige Verbindung und mindestens Sympathie mit dem NS-Staat zur Rechenschaft gezogen worden zu sein. Das ist nur ein Teilaspekt der globalen 68er-Bewegung, aber es ist jener, auf den heute im Zusammenhang

mit der ostdeutschen Gesellschaft häufig Bezug genommen wird. Geschichtliche Aufarbeitung durch Konfrontation.

Etwas anderes ist eingetreten. Zu sehen, wie Eltern und Bekannte arbeitslos wurden, wie sie sich im neuen System zu behaupten versuchten, träumten, mitunter scheiterten, ließ mich solidarisch werden. Wenn es im Osten etwas nicht gab, dann Kontinuität. Ob Sympathisant, Gegner oder Mitläufer des Systems, alle haben den Bruch erlebt. Es ist kaum jemandem gelungen, sich an seinem Sitz festzuhalten, den Großen und den Kleinen nicht. Ich kann diesen Menschen nichts vorwerfen. Erst recht kann ich nicht nachtreten.

Dieses Mitgefühl oder gar diese Identifikation würden meine Eltern nie von mir einfordern. Im Gegenteil, sie würden sagen, dass sie das nicht benötigen. Nicht von mir, nicht von irgendjemandem. Schulen, die abgetragen wurden, alte Fabriken, Kulturhäuser und mithin die Ideen, die dahinter steckten, ich hatte sie nie betreten, hatte nicht annähernd irgendeinen Bezug dazu. Aber ich sah, was das mit den Menschen um mich herum machte. Ich wurde wütend wie sie, ich wurde schweigsam wie sie, ich wurde traurig wie sie. Ich kann nicht sagen, dass ich dadurch zum Ostdeutschen geworden bin. Verneinen kann ich es aber auch nicht.

Drei Narrative

Drei große Narrative hat der Westen über meine Eltern gesponnen. Das erste, beginnend nach dem Mauerfall, dauerte bis in die Zweitausendzehnerjahre an und lautete: Deine Eltern sind rückständige Höhlenmenschen, die in ihrem Leben noch nie eine Banane in der Hand gehalten und für die Stasi gearbeitet haben. Trifft Letzteres nicht zu, waren sie Opfer der Stasi. Dieses Narrativ wurde abgelöst, etwa ab 2014, von einem neuen, das noch immer andauert und besagt: Deine Eltern sind nach der Wende arbeitslos geworden, waren frustriert und wütend und wurden deswegen rechtsextrem. Kinder, denen man ihr Spielzeug weggenommen hat. Bemitleidenswerte, traurige Gestalten.

Menschen, die ich liebe, kränkte das zweite Narrativ mehr als das erste. Erst kam das Mitleid, dann geheuchelte Hilfsangebote. Ausgestreckte Arme, zur Unterstützung hingehalten, die eigentlich ausgestreckte Zeigefinger waren. Lebensleistung anerkennen, das war so ein Beispiel, so eine Phrase, die sich der Westen ausgedacht hatte.

"Muss ich da jetzt zum Amt und krieg da einen Stempel für?"

"Nur, wenn du deine Lebensleistungsurkunde mitbringst", sagte ich. Wir lachten.

"Da muss ich mal in meiner Lebensleistungszeugnismappe suchen."

So ging das hin und her. Lachen oder weinen, die ewige Frage. Keine Worte über Revolution, keine Worte über Erfolg. Das dritte Narrativ möchte ich an späterer Stelle behandeln.

Als ich kürzlich bei einer Podiumsdiskussion eingeladen war und die Frage nach den Umbrüchen der Jahre 1989/1990 aufkam, sagte mein Mitdiskutant, Professor einer Westdeutschen Universität, geboren in der BRD der fünfziger Jahre, dass nicht die Proteste der DDR Bürger und Bürgerinnen zum Ende der SED-Herrschaft geführt hätten, sondern dass der Staat aufgrund seiner wirtschaftlichen bzw. seiner unwirtschaftlichen

Lage zusammengebrochen sei. Seine Analyse war einleuchtend, er mochte, abgesehen von seiner monokausalen Begründung, auch in einigen Punkten Recht haben. Dennoch musste ich ihm widersprechen, weil mich das Bild störte, dass ein westdeutscher Professor mir und dem Publikum, das zu Teilen aus Ostdeutschen bestand, das Ende der DDR erklärte. Dass mich das erzürnen würde, kannte ich bislang noch nicht von mir. Ich fand, dass es genügte. Ich hatte keine Lust auf eine weitere Geschichte, kein Interesse an einer weiteren Erzählung, die im Kern lautete: Deine Eltern kriegen nichts auf die Kette.

Ich weiß nicht, ob das gut war. Niemand hat von mir verlangt, ihn oder sie in Schutz zu nehmen oder gar verteidigen zu müssen. Das könnte den Anschein erwecken, dass ich mich über meine Eltern stelle. Dass ich sie als schwach wahrnehmen würde. Das Gegenteil ist der Fall.

Die Debatten, die zyklisch geführt werden, unter anderem auch über die wahren Wegbereiter der Revolution von 1989, Bürgerbewegung contra Massenproteste, ist gut und wichtig. Dass sie jetzt oder immer noch oder erneut von unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen – auch aus dem Osten – geführt wird, zeigt, dass es noch keinen Konsens über diesen Teil der Geschichte zu geben scheint, oder er momentan mühsam errungen wird. So oder so ein spannender Befund über Deutschland dreißig Jahre nach dem Mauerfall. Allein, ich verstehe diese Debatte nicht so recht. Mir ist bewusst, dass es Bestrebungen gibt und geben muss, eine Deutungshoheit über die Ereignisse zu erlangen. Angesichts des Resultates, das mit friedlichen Mitteln errungene Ende der SED-Diktatur, wirkt dieser Streit auf mich unsolidarisch. kleinteilig, spalterisch.

Ich schreibe diesen Text in Bamberg, wo ich derzeit für ein Aufenthaltsstipendium in der Villa Concordia wohne. Anfang Oktober 2019 zog ich hierher, den Tag der deutschen Einheit habe ich hier verbracht. Seit ein paar Jahren wünsche ich Menschen an diesem Tag nicht einfach einen "schönen Feiertag", sondern einen "schönen Tag der Deutschen Einheit." Noch so eine Entwicklung der letzten Jahre, natürlich hängt das mit der Art und Weise zusammen, wie ich mich mit Ostdeutschland beschäftige. Vor allem möchte ich herausfinden, wie mein Gegenüber darauf reagiert.

In Bamberg begegnete mir auffallend oft die Aussage: "Stimmt, das ist ja heute!" Das unterstützt den Eindruck, den ich seit Jahren gewinne und der für mich besonders am 30-jährigen Jubiläum der Revolution offensichtlich wird: Dem Westen ist der Tag der Deutschen Einheit eigentlich egal.

Damit spiele ich nicht auf die Tatsache an, dass es im Westen 1989 keine Demonstrationen für die Deutsche Einheit gab oder dass Westdeutsche qua Geburt und der Trennung der beiden deutschen Staaten an den Umbrüchen jener Monate nicht beteiligt waren, nicht beteiligt sein konnten. Das konnte ich auch nicht. Und natürlich war nicht jeder und jede Ostdeutsche automatisch Systemgegner_in, Revolutionär_in, Bürgerrechtler_in, wie in der Nachbetrachtung jener Jahre und heute auch seitens der AfD gern suggeriert wird. Dieses Bild ist in keiner Weise stimmig. Worauf ich hinaus möchte, ist an dieser Stelle noch einmal der Aspekt der Identifikation.

Es gibt ein drittes Narrativ, das der Westen gern bemüht. Es lautet: Ihr wolltet doch die *Einheit, jetzt beschwert euch nicht, seid dankbar*.

Zustimmung mit Vorbehalten

Angesichts der ostdeutschen Zustimmungswerte für Kohl und die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion mag die Aussage zutreffen. Allerdings stimmten, nach einer Umfrage von Infratest im Mai/Juni 1990, auch 47% der befragten Westdeutschen der WWSU "voll und ganz" zu, 44% "mit Vorbehalten." In derselben Umfrage äußerten fast zwei Drittel der befragten Ostdeutschen (61%), dass sie sich eine langsamere Gangart beim Einigungsprozess wünschen würden. Sie befürchteten, dass die in der DDR als positive Errungenschaft wahrgenommenen sozialen Leistungen wie Kindertageseinrichtungen oder das Recht auf Schwan-

gerschaftsabbruch sonst unter die Räder kommen würden. Sie sollten Recht behalten.

Es ist dem Westen gelungen, nach der Revolution und bis heute andauernd, dem Osten einzureden, dass die Einheit vor allem für die Bürger und Bürgerinnen der ehemaligen DDR eine Befreiung war. Das gelobte Land. Der Westen hingegen hatte einzustecken, für ihn gab es nur Nachteile, nur Einbußen.

Diese Geschichte des überforderten, immerzu gebenden Westens und des fordernden, immerzu nehmenden Ostens ist unzutreffend. Ausgeblendet werden dabei unter anderem die Bereitschaft der Ostdeutschen mehrheitlich Mieterhöhungen, sogar Lohnkürzungen und Arbeitsplatzverlust in Kauf zu nehmen (Infratest 1990), um unter anderem Verbesserungen der Lebensqua-

Lukas Rietzschel

Geboren 1994 in Sachsen. Seit 2012 ist er unregelmäßig publizistisch tätig für Die Zeit. 2018 erschein sein erfolgreicher Roman Mit der Faust in die Welt schlagen, in dem er auf eine autobiographische Art und Weise mit dem Erwachsenwerden an der sächsischen Peripherie fertig wird. In Dresden. Düsseldorf und Heilbronn wurden von seinem Buch inspirierte Theaterstücke aufgeführt.

lität, im Umweltschutz und bei der Sanierung der DDR-Wirtschaft zu erreichen. Ausgeblendet werden auch die immensen vor allem finanziellen Aufwendungen des Westens, diese Ziele kurzfristig und langanhaltend umzusetzen. Die Höhe, Art und Menge der Transferleistungen, die während des Einigungsprozesses geleistet wurden, und nach wie vor geleistet werden, suchen weltweit ihres gleichen. Unter wirtschaftlichen, finanziellen Aspekten betrachtet, sind sie mindestens die umfangreichsten des 20. Jahrhunderts, wenn nicht gar der ganzen Menschheitsgeschichte und ihrer modernen Gesellschaften und Staatssysteme.

Ostdeutsche Identität

Als Nachwendegeborener wuchs ich im Resultat dieser Prozesse auf. Ich durfte in Kassel studieren und schreibe diesen Text in Bamberg. Vier Jahre vor meiner Geburt wäre das noch undenkbar gewesen. Ich befürworte die Debatte über die sogenannten wahren Beweggründe des Aufkommens der Protestbewegung im Herbst 1989. Das sind Etappen auf dem Weg zu einer ostdeutschen Meinungssouveränität und einer selbstbewussten Artikulation der eignen Geschichte, die es viel zu lange nicht gegeben hat.

Im dreißigsten Jahr des Mauerfalls, ein sehr passiver Begriff übrigens; als wäre das Ding marode gewesen und von selbst eingebrochen, möchte ich den Blick weiten. Ich erwähnte die Momente,

in denen so etwas wie eine ostdeutsche Identität in mir aufblitzte. Gleichzeitig versuche ich, in bundesrepublikanischen Schuhen im vereinten Deutschland laufen zu lernen. Meine Geschichte, unsere Geschichte. Kontinuitäten, Erbe. Wie umgehen mit einem historischen Moment, an dem ich und der westliche Teil unseres Landes nicht oder nur peripher beteiligt war?

Ich erwarte nicht, dass der Westen die Revolution von 1989 für sich beansprucht. Das wäre falsch und heuchlerisch. Die Revolution, friedlich und geglückt, gehört den Ostdeutschen. Meinen Eltern und Großeltern. Darauf bin ich stolz. Der Einigungsprozess gehört der bundesrepublikanischen Gesellschaft. Das feiere ich und ich wünschte, der Westen würde das auch tun.





nlängst nahm ich an einer Diskussion teil, in der es um die weltweit besten belletristischen Bücher des letzten Jahrzehnts ging. Am Ende des Gesprächs kam die Frage auf: Welches tschechische Buch aus dem gleichen Zeitraum verdient es, hervorgehoben zu werden? Die tschechische Literatur hat eine Reihe von bemerkenswerten, gelungenen Werken hervorgebracht, aber schließlich nannte ich nur eines – die Reportagen Hrdinové kapitalistické práce (Helden der kapitalistischen Arbeit) von Saša Uhlová, die ursprünglich im Jahr 2017 auf der Plattform A2larm ver-

öffentlicht wurden und später in erweiterter Form im Verlag Grada erschienen sind.

In ihren brillanten, starken Texten beschrieb Uhlová die Bedingungen, unter denen Menschen in unqualifizierten und schlecht bezahlten Positionen arbeiten. Sie ließ sich dafür als Kassiererin im Supermarkt, in einem Müllsortierunternehmen und in einer Geflügelfleischerei anstellen. Aber trotz seiner offensichtlichen gesellschaftlichen Relevanz und der unbestreitbaren literarischen Qualität wurde das Buch für keinen nationalen Preis nominiert, auch nicht für den Magnesia Litera für Publizistik, der wahrscheinlich am ehesten angemessen wäre. Dabei scheint es, als sei Hrdinové kapitalistické práce ein Wendepunkt gewesen in der Art und Weise, wie Mainstream-Medien über Menschen in einkommensschwachen Berufen berichten.

In den folgenden Jahren erlangten auch andere Projekte größere

Aufmerksamkeit, die zeigen, inwiefern die tschechische Gesellschaft in den drei Jahrzehnten seit 1989 prosperierte oder eben nicht – allein im letzten Jahr zum Beispiel die vom Tschechischen Rundfunk durchgeführte Untersuchung Rozděleni svobodou (Durch Freiheit gespalten) über die Schichteneinteilung der Tschechinnen und Tschechen oder das Konzept eines angemessenen Mindestlohns, berechnet und veröffentlicht von einer Expertengruppe aus Wirtschaft, Soziologie und Politikwissenschaft.

Dank solcher Projekte verfügen wir über hinreichend Daten und Argumente, die zeigen, wo wir wirtschaftlich stehen. Die tschechische Literatur indes scheint diesen Aspekt des Lebens in der Tschechischen

Klára Vlasáková

Geboren 1990. Sie ist Dramaturgin und Publizistin, schreibt Filmund Comicdrehbücher sowie Hörspiele. Sie ist Mitarbeiterin des Tschechischen Fernsehens, des Tschechischen Rundfunks und der Kulturund Politikbeilage Salon der Tageszeitung Právo. Dieses Jahr erschien ihr Romandebüt *Praskliny* (Risse).

Republik, von Ausnahmen abgesehen, lange Zeit übersehen zu haben. Es scheint so, als sei die soziale Dimension für die Kunst etwas "zu Engagiertes", von dem man besser die Finger lässt und an dem weiter die schablonenhafte Auffassung des politischen Engagiertseins aus dem vergangenen Regime klebt.

Politisch engagiert sind eine Reihe von Künstlerinnen und Künstlern vor allem dann, wenn es darum geht, sich von bestimmten Politikern zu distanzieren, aber es scheint, dass für sie die Situation der Menschen im eigenen Land kein Thema ist, die es nicht als riesiges Problem ansehen, wie außerordentlich peinlich und aufgebläht die Facebook-Einträge von Andrej Babiš sind, sondern die sich eher dafür interessieren, in welchem Maße seine Regierung beabsichtigt, die Renten zu erhöhen. Es ist nämlich immer einfacher, sich moralisch zu entrüsten über eine unmögliche Aussage, als gesellschaftliche Mechanismen zu benennen, die ihrem Autor die Wählerstimmen gebracht haben

Welche Bücher schreiben und warum

Vor nicht ganz einem Jahr war ich Teilnehmerin an einer anderen literarischen Diskussionsrunde, diesmal in Bratislava. Eine der Fragen des Abends war, ob Literatur etwas verändern könne. Ich habe nicht gedacht und ich denke nicht, dass ein Werk eine wirkliche Lösung herbeiführen kann, was Kunst aber sehr gut kann, ist bestimmte Fragen und Probleme anders zu beleuchten – schärfer, unmittelbarer.

Ich erwähnte dort den Fall von Édouard Louis' Buch *Skoncovat* s *Eddym B.* (Das Ende von Eddy B.). Der junge Schriftsteller schildert darin unter anderem die elenden Bedingungen in jener armen französischen Kleinstadt, in der er aufgewachsen ist. Er hat Soziologie studiert und dies ermöglicht es ihm, die Umgebung seiner Kindheit und Jugend mit einem gewissen Vorverständnis zu betrachten. Er beschreibt die wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Benachteiligungen in dem ihm vertrauten Milieu und zeigt zugleich, wie unter solchen Bedingungen Gewalt und pathologische Phänomene gedeihen.

Mehrere Verlage lehnten das Buch ab. Einer sogar mit der Begründung, Louis' Schilderungen seien übertrieben – eine solche Armut gebe es doch nirgends in Frankreich. Schließlich erschien das Buch doch und wurde auch in anderen Ländern, einschließlich der Tschechischen Republik, zum Ereignis. In der Diskussion führte ich es als Beispiel für eine Literatur an, die imstande ist, ein lange vernachlässigtes Thema ins Rampenlicht zu rücken.

Am Ende des Abends kam einer der Zuschauer zu mir und hielt mir vor, ich stellte mir das vor wie in den Fünfzigerjahren: Sollten wir etwa die Schriftsteller_innen zum Beispiel in die Fabriken schicken, damit sie den dortigen Betrieb kennenlernen, mit den Arbeiter_innen sprechen und erst dann beginnen, ihre Bücher zu schreiben?

Eine derartige Reaktion hat mich tatsächlich überrascht. Einerseits würde ich jedem Autor und jeder Autorin die Hand küssen, der dies ernsthaft unternähme. Aber vor allem hielt ich es nicht – und halte es nicht – für notwendig, zu sagen, worüber und wie geschrieben werden sollte.

Autorinnen und Autoren werfen Kritikern gelegentlich vor, sie versuchten, ihnen etwas zu "diktieren". Dies ist in der Regel eine schiefe, verletzte Interpretation, aber selbst wenn es wirklich so wäre, ist klar, dass Schriftsteller_innen so etwas nicht akzeptieren können.

Es ist künstlerisch unredlich und wohl auch unerträglich anstrengend, etwas "auf Bestellung" zu schreiben. Ich behaupte nicht, dass ein solcher Zugang unmöglich sei, aber ich verstehe vollkommen, dass nur wenige ihn gern wählen würden.

Wenn jemand bereit ist, einem einzigen Text mehrere Jahre zu widmen und große Mühen dafür aufzuwenden, ergibt dies keinen Sinn, wenn es um ein Thema geht, das er nicht wirklich für grundlegend hält. Dabei ist wahrscheinlich gerade das Teil des Bildes von engagierter Literatur – die

Vorstellung von Büchern, die versuchen, sich Fragen zu nähern, zu denen sie jedoch nur einige banale, oberflächliche Beobachtungen hinzufügen können.

Das Gefühl eigener Peinlichkeit

Vor vier Jahren tauchte auf den Feierlichkeiten anlässlich des 28. Oktober (*Jubiläum der Gründung der Eigenständigen Tschechoslowakei 1918*) auf dem Altstädter Ring ein Transparent mit der Aufschrift Jsme Západ (Wir sind der Westen) auf. Fotos davon erschienen dann in einigen Medien. Aber was bringt eine solche Parole eigentlich zum Ausdruck? Wir können sie als unsere politische Zielrichtung lesen und erforschen, wie der Westen uns versteht. Unser Umgang mit uns selbst gerade in Bezug auf den Westen kann jedoch oft aussagekräftiger sein.

Ein einfaches Beispiel: Viele von uns sind wahrscheinlich irgendwann an Orte gereist, wo wir befürchteten, uns zu blamieren. Meine Mutter erzählte mir einmal, wie sie mit meinem Vater in den Neunzigerjahren zum ersten Mal nach London, in eine große westliche Stadt, gereist ist. Sie sprachen kaum Englisch und die Reise war für beide stressig.

Mutter erinnert sich besonders an ein Erlebnis, wo sie sich schämte wie fast nie in ihrem Leben. Sie gingen ins Restaurant eines noblen Hotels, wo sie von einem Kellner in Empfang genommen wurden. Er brachte sie an einen Tisch zu ihren Plätzen, schob einen Stuhl zurück, auf dem nach den Regeln der Etikette meine Mutter hätte Platz nehmen sollen; aber mein Vater setzte sich gedankenlos als erster.

Eine unbedeutende Episode, die beiden in einem anderen Zusammenhang höchstwahrscheinlich lächerlich vorgekommen wäre, nahm hier plötzlich einen unangenehmen Ernst an. Sie waren in einer großen westlichen Stadt, in einem feinen Restaurant, und mit einem Schlag konnte jeder ihnen ansehen, wie wenig sie dort hinpassten, wie wenig sie die "richtigen" Verhaltensweisen kannten.

Restaurants sind ein gutes, weit verbreitetes Beispiel, aber die Angst, sich als jemand zu blamieren, der in die gegebene Umgebung nicht passt, kann man auch in ganz alltäglichen Situationen erleben: wie man zum Bahnhof kommt, wo man Fahrkarten kauft, wie man an der Rezeption kommuniziert...

Solche Situationen stellen kleine Tretminen dar, denen der Mensch auszuweichen versucht – sich nicht verraten, das Gesicht nicht verlieren. Und so gehen wir vorsichtig, auf Zehenspitzen um sie herum und hoffen, dass gerade wir Glück haben werden.

Vielleicht erinnern Sie sich an die Geschichte einer fünfköpfigen tschechischen Familie, die letztes Jahr auf dem Rückweg aus dem Urlaub auf einer polnischen Autobahn mit dem Auto liegenblieb. Sie hatten nur wenig Geld bei sich und warteten fast drei Tage auf Hilfe. Auch wenn der Vorfall einige belustigte Reaktionen hervorrief, war daran nichts Komisches: Die Eltern wollten, dass ihre Kinder wenigstens einmal das Meer sehen und nach den Ferien in der Schule erzählen können, dass sie auch irgendwo gewesen seien. Sie entschieden sich für das relativ preiswerte und nahe Polen, nur war das Auto, mit dem sie die Reise unternahmen, in keinem guten Zustand.

Sie hatten nicht genügend Geld dabei und die Akkus ihrer Handys waren bald leer. Die Familie gelangte schließlich zurück in die Tschechi-

sche Republik, aber die Medien lebten einige Tage von ihrer Geschichte. Jene von uns, die häufiger reisen, würden vermutlich auch gern die Erinnerung an ihr Staunen und ihre Ängste auf der ersten großen Reise verdrängen. Unser Selbstbild als unerfahrener Provinzler wird rasch durch ein anderes, schmeichelhafteres Bild ersetzt – das eines erfahrenen Weltenbummlers, der haufenweise Erlebnisse sammelt und sich durch nichts so leicht aus der Ruhe bringen lässt.

Die Wirklichkeit ist indes viel weniger eindeutig – selbst wenn der Altstädter Ring von oben bis unten mit dem Slogan Wir sind der Westen überfüllt wäre, es geht noch immer um einen Wunsch, zudem verbunden mit der stillen, verzehrenden Sorge, wir könnten irgendwo an der Peripherie des Interesses zurückbleiben, wo alle nur an uns vorbeiziehen und vor allem sehen, wie kläglich wir "versagt" haben. Indes führt aus dieser Angst ein Weg, der aber länger und komplizierter ist: zuzugeben, dass wir eben nicht der Westen sind.

Warum danken wir nicht?

In der Literatur würde dies bedeuten, Erfahrungen zu beleuchten, die für die Entwicklung des Kapitalismus bei uns nach 1989 wichtig sind. Es geht nicht hauptsächlich darum, kritisch zu sein – nicht wenige Familiengeschichten enthalten auch Episoden über verdienten Erfolg und Genugtuung.

Wesentlich ist, die jüngste historische Erfahrung auch mit einem anderen Verständnis zu betrachten, als nur mit jenem allereinfachsten, demzufolge jeder, für den der 17. November nicht ausschließlich ein Anlass demütiger Dankbarkeit ist, nachsichtiges Mitleid verdient oder einfach nur Spott. Auch dank der Literatur können wir besser verstehen, worin wir seit einunddreißig Jahren leben, wie sich das aktuelle Regime entwickelt hat und welche Möglichkeiten es zu seiner künftigen Ausrichtung gibt.

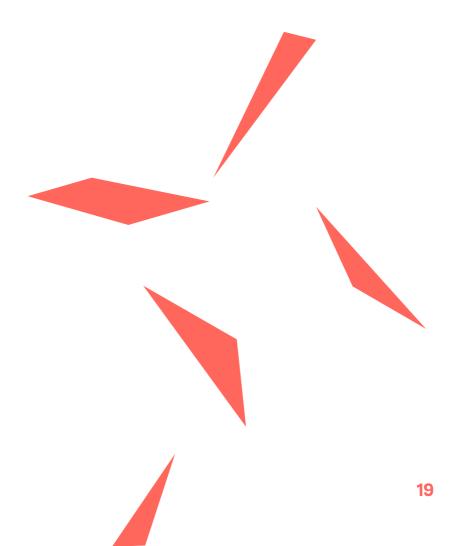
An dieser Stelle ist erwähnenswert, dass ich selbst dieses Jahr ein Prosabuch veröffentlicht habe, welches sich mit gesellschaftlicher Erschöpfung und unerfüllten Erwartungen befasst – aber zweifellos habe ich die Komplexität der tschechoslowakischen beziehungsweise tschechischen Erfahrung nach 1989 nicht umfassend behandelt. Vielleicht aus Inkonsequenz platziere ich meine Geschichten in eine Umgebung, die unserer in mancher Hinsicht ähnelt, aber zugleich werden darin eine Reihe von Tendenzen hervorgehoben und umgekehrt viele andere unterdrückt.

Einige bekannte Schriftsteller_innen behaupten gelegentlich, sie hätten zu schreiben begonnen, weil sie gern einen bestimmten Typ von Geschichte lesen wollten, dieser aber einfach nicht kam, so dass sie ihn schließlich selbst schreiben mussten. In meinem Fall ist nichts Derartiges geschehen und diese Sehnsucht für Leser und Autor unerfüllt geblieben.

Wenn wir nicht der Westen sind, warum sollte uns das stören? Diesem Umstand verdanken wir Verständnis für die Tatsache dass im Jahr 1989 nicht alle Biografien bei Null begannen, sondern Kontinuität und Beharrungsvermögen aufweisen. Dass entgegen der Versicherung, zwischen den Einkünften der Reichen und der Armen bestünden nur geringe Unterschiede, fast ein Zehntel der Menschen Pfändungen ausgesetzt ist und fast die Hälfte der Tschechinnen und Tschechen keinen

angemessenen Mindestlohn erhält. Dafür, dass die gegenwärtige, um das Jahr 1989 geborene "Generation Freiheit" zwar ziemlich einfach ins Ausland reisen kann, aber in kleine, überteuerte Wohnungen zurückkehrt, wo oft noch einige andere Menschen leben, denn selbst zu zweit ist es schwierig, in größeren Städten die Miete aufzubringen.

Wenn Literatur etwas überzeugender kann als andere Arten der Kunst, dann ist es die Fähigkeit, Nuancen und Widersprüche zu schildern. Bei jedem Jahrestag der Wende von 1989 wird die Notwendigkeit, diese Fähigkeit zu nutzen, offensichtlicher.





Christian Weißgerber



Runde Fensterbögen durchbrechen die poröse Melange von Grau und Oker - fast so als wäre es eine aus Sandstein gefertigte Kathedrale. Aber die von Veranstaltungsplakaten beklebten Spanplatten, die vor die Schaufenster der früheren Ladenflächen monitert worden sind, lassen erahnen, dass es sich wohl nicht um einen Prachtbau mit fulminanter Vergangenheit handelt. Das Haus ist nur eines von vielen in der Marienstraße in Eisenach, das in den 90er Jahren zerfallen und unbewohnt aussah. Und doch habe ich die ersten achtzehn Jahre meines Lebens in ihm gelebt. Nur einige hundert

Meter entfernt thronte mit dem Fels des kleinen Berges verwachsen das alte Hotel Fürstenhof mit einem Festsaal, in dem zu DDR-Zeiten hunderte zu Disko- und Tanzveranstaltungen gegangen sind, wie sich Erwachsene erinnerten. Nur ein paar Schritte weiter: das alte Pionierhaus, das, nach der Wende verweist, schnell zur einsturzgefährdeten Ruine wurde - in bester Lage direkt am Karthausgarten mit Wartburgblick im größten zusammmenhängenden Villenviertel Deutschlands.

In die Zone kommen die Wessis

Die leerstehenden Häuser der Stadt, erkundeten wir als Kinder und Jugendliche teils mit Gänsehaut: urbexing (urban exploring) in Lost Places nennt man das heute auf Instagram. Für uns hieß es damals einfach Aufwachsen im oft zum Lost Place stilisierten Ostdeutschland der 90er Jahre. Aber das auch nur, weil ich eben nicht aus wohlhabender Familie stammte. mein Vater nicht zu den Wendegewinnern gehörte, die in den gut renovierten Häusern des Viertels oder den Neubauten am Stadtrand wohnten. Viele von ihnen waren dann auch "Zugezogene", wie mein Vater sie an guten Tagen nannte. Sonst hießen sie bei eigentlich allen Erwachsenen schlicht nur "Wessis". Ich selbst sah mich als Jugendlicher lange Zeit vor

allem auch als Ostdeutscher und meinte, man könne die Unterschiede deutlich am Verhalten der Menschen erkennen

Dass bis heute noch viele teils sehr junge Menschen in der Zone eine .ostdeutsche' Identität tradieren, hat viel mit der medialen Präsentation politischer Strukturen zu tun: Lohngefälle, Strukturwandel, Ostbeauftragter. Andauernd wird die Mauer imaginär hochgezogen, obwohl es das Ost-West-Gefälle auf infrasteruktureller oder wirtschaftlicher Ebene vereinfacht gesagt so nicht mehr gibt. Nicht wenige Regionen in Nordrheinwestfalen sind da in ieder Hinsicht

Christian Weißgerber

Geboren 1989 in Thüringen. Während seiner Jugendzeit war er in der thüringischen Neonazi-Szene aktiv. Über den Ausstieg hat er ein Buch geschrieben. Er hat Kulturwissenschaft und Philosophie studiert und ist aktuell als Referent in der politischen Bildungsarbeit tätig.

schlechter dran als viele Teile der neuen Bundesländer. Die Löhne flukturieren je nach Region in der BRD, wenngleich sie im Westen im Durchschnitt deutlich höher liegen. Dass dann auch noch Rechtspopulismus und Rassismus immer wieder als vermeintlich ostdeutsche Probleme abgetan werden, obwohl die größten Neonazigruppen in Westdeutschland angesiedelt sind und die AfD zuerst 2016 in Baden-Würtemberg die 15% Marke überstiegen hat, fällt dabei unter den Tisch. Im Osten nichts Neues, denkt sich der westdeutsche Leser vielleicht, der seine

Ansichten bestätigt sieht – und was gibt es Schöneres als seine eigenen Vorurteile als Wahrheiten serviert zu bekommen?

Was in den meist im Westen Deutschlands ansässigen großen Medienhäusern deutlich seltener seinen Weg in die Schlagzeilen findet, ist z.B. der Fakt, dass Spitzenpositionen in ganz Deutschland, vorallem aber auch im Osten unverhätlnismäßig oft mit Westdeutschen besetzt sind. Ein Phänomen, dass sich dreißig Jahre nach dem Mauerfall nach und nach hätte abschwächen sollen. Denn eigentlich müsste die Generation westdeutscher Beamter nun in Rente sein, die nach der Wende aus pragmatischen Gründen bevorzugt in den neuen Bundesländern eingesetzt worden waren, weil sie positiv interpretiert schlicht das neue System besser kannten und im alten wahrscheinlich keine Stasi-Mitarbeiter gewesen sind. Und doch ist bis heute ein Großteil der Verwaltungsbeamten. Richterinnen. Schulrektoren im Osten ebenso wie vor allem hohe politische Würdenträger aus den alten Bundesländern zugezogen oder installiert. Derzeit gibt es keinen einzigen Hochschulrektor mit ostdeutscher Herkunft. Was eigentlich egal sein könnte, wird von nicht wenigen Ostdeutschen durchaus als Teil eines größeren Problems beschrieben und trägt bei einigen zu einem Ressentiment gegen politische Eliten im Allgemeinen bei, selbst wenn Angie eigentlich mal eine von uns war.

Auch das gönnerhafte bis abwertende Geschwätz über Ostdeutschland, das allerorten in den alten Bundesländern ausgestoßen wird, trägt nicht gerade zum Umdenken im Osten bei. Im Gegenteil, die Dummheiten aus dem Westen werden schlicht gespiegelt und so spricht heute mancher lach- anderer ernsthaft vom ausgeprägtem Ossismus im Land.

Mehrere Menschen haben mir gestanden, dass sie sich ihre ostdeutschen Dialekte aktiv abtrainieren, weil sie sich durch diesen weniger ernstgenommen oder gar benachteiligt fühlen – Nachfragen und dumme Bemerkungen, die sicher auch Menschen von jenseits des Spätzle-Äquators kennen.

Der Osten ist nicht braun und ernste Probleme mit Neonazis gibt es auch im Westen

Das wohl am meisten aufgerufene Klische ist aber derzeit das vom 'braunen Osten'. Tatsächlich wissen die wenigsten Menschen, die es bedienen, über die Entwicklung rechtsextremistischer Bestrebungen in der DDR wie im geeinten Deutschland nach 1990. Im Stile vieler Wendegeschichten waren auch hier die Verfehlungen gesamtdeutsch im Ursprung und doch wirkten sie sich am härtesten auf die ehemalige Zone aus: Seit der Wende traf anerkennende Jugendarbeit dort auf die schon vor dem Mauerfall gestartete Strategie von Neonazis .national befreite Zonen' zu schaffen, also Ortschaften unter ihre Kontrolle zu bringen. In den unklaren Verantwortlichkeiten der Sicherheitsapparate in Wendezeiten funktionierte dies mancherorts in teils gruseligen Ausmaßen, analog zur Landnahme durch westdeutsche und andere Unternehmer. "Meine Fhre heißt Treuhand", ist der vielleicht drastischste Satz, der mir zu Letzerem im Gedächtnis geblieben ist. Nazivergleiche gingen manchem schon damals leicht über die Lippen, wenn es darum ging die neugewonnene Freiheit als andere Form der Diktatur zu beschreiben. Aber in einem sind sich BRD und DDR doch strukturell recht ähnlich: Die DDR hatte ebenso weinig freiwillig

wie die BRD den früheren deutschen (Kolonial)Rassismus und Antisemitismus nachhaltig aufgearbeitet und darüber hinaus eine 68er-Bewegung erfolggreich verhindert. Dafür hatte die DDR aber seit dem Mauerbau eine homogene Form der Volksgemeinschaft, wie frühere Rassenkundler sie sich kaum zu träumen gewagt hätten. Für deren Erhalt stritten nach der Wende dann nicht wenige und errungen nach einigen Brandstiftungen und mehreren Morden einen bedeutenden Teilsieg. 1993 kapitulierte eine nicht sehr unwillig wirkende CDU vor der Wut und Gewalt von Rassismus und Progromstimmung mit der Einschränkung des Asylrechts, anstatt sich als Vertreter einer tatsächlich offenen Gesellschaft demokratischer Werte und Menschenrechte zu präsentieren – ein klarer Sieg für rassistische Gewalt und ein Zeichen an ihre Progtagonisten in Ost und West, dass sich in Deutschland mit Angst und Hetze gut Politik machen lässt.

Das alles und vieles andere mehr hat dazu beigetragen, dass statistisch betrachtet, bspw. rassistische und antisemitische Ansichten in Ostdeutschland im Schnitt weiter verbreitet sind als im Westen. Dabei möchte ich betonen, dass es sich nur um wenige Prozentpunkte handelt. Rassismus und Antisemitismus sind schlussendlich wie alle Formen des Rechtspopulismus und -extremismus noch immer gesamtdeutsche Probleme. Zudem verschweigt der Fokus auf den vermeintlich 'braunen Osten' oft die Unzähligen, die dem Klischee nicht entsprechen und das ist noch immer der überdeutliche Großteil der Menschen, die in den neuen Bundesländern leben

Misstrauen gegenüber politischer Bildung

Was ich aber durchaus erlebt habe, ist, dass es im Osten vielerorts eine andere Selbstverständlichkeit im Umgang mit den genannten Problemfeldern gibt: Ich war Diskutant einer Veranstaltungsreihe in Sachsen über die Gemeinsamkeiten und Unterschiede von politischem Islam und Rechtsextremismus. Organisiert wurde sie von der Landeszentrale für politische Bildung und fand morgens an Schulen und Abends in Volkshochschulen statt. Sowohl die Verantwortlichen als auch die wenigen Gäste sagten, dass das Problem ein offenes Misstrauen in alle Institutionen sei, die politische Bildung machen. Das klingt für die Leute hier nach staatlicher Umerziehung und die hatten wir schon mal, wurde mehrfach geäußert. Demokratische Abläufe und die Vorteile einer liberalen Gesellschaft können nur durch Teilhabe und Praxisbezug nachhaltig eingeübt werden. Das ist seit der Wende im Osten noch weniger umgesetzt worden als im Westen.

Ich habe mehrere hundert Veranstaltungen in den vergangenen acht Jahren gehalten, und selten nahmen daran weniger als ein Dutzend Personen teil. Aber der Sonderstatus hörte hier noch nicht auf. Bei allen fünf oder sechs Abendveranstalungen an den Volkshochschulen waren unter der handvoll Teilnehmenden, jedesmal mindestens zwei dabei, die recht offen Verschwörungserzählungen verbreiteten, mit der AfD und anderen rechtsextremen Parteien sympathisierten, Links- und Rechtsextremismus gleichsetzten oder extrem islamfeindliche bzw. offen rassistische Äußerungen von sich gaben. Einer der Teilnehmenden bei einer Veranstaltung in Görlitz gab sich nach einigen fragwürdigen Statements als Polizeibemater zu erkennen. Ich denke, er wollte seinen Worten damit Autorität verleihen. Nach dem Motto: Ich bin als Polizist

Teil der Mitte der Gesellschaft und wenn ich das sage, ist das nicht rassistisch. Die Fähigkeit sein eigenes Handeln kritisch zu Hinterfragen ist ein rares Gut in unserer Gesellschaft und es findet viel seltener statt, als es proklamiert wird. Ich will damit nicht so tun, als wären auf Veranstaltungen in Westdeutschland nicht ebenfalls solche Menschen anwesend, aber dort sind sie eben nicht so selbstbewusst, dass sie ihre Verschwörungserzählungen teilen oder Teilnehmende offen rassistisch beleidigen. Das habe ich bisher nur bei Veranstaltungen in Sachsen erlebt.

In dieses Kuriositätenkabinett gehört auch der Umstand, dass eine Schuldirektorin einem AfD-Politiker in einer Schulveranstaltung Eintritt gewährte, die allein für Schüllerinnen und Schüler bestimmt war, ohne mir dies vorab zusagen. Ist ja eine parlamentarisch gewählte Partei und die Meinungen müssen wir hier ja auch zulassen. Ihre Idee war sicher nobel: gelebte Meinungsfreiheit, auch den politischen Gegner einbinden und zu Wort kommen lassen. Dass der AfDler mehrfach unaufgefordert das Wort ergriff und mit einer Gruppe von Schülern fraternisierte, die sich als Sympathisanten der rechtsextermen "Identitären Bewegung" zu erkennen gaben, wunderte mich im Nachhinein weniger als während der Veranstaltung. Da dachte ich noch, er sei vielleicht bloß ein weiterer selbsternannter Volkslehrer. Seine wiederholte Berufung auf Meinungsfreiheit, erhielt einige Zeit nach der Veranstaltung einen ironischen Beigeschmack: Der AfDler, der sich auf der Veranstaltung noch als ihr Retter stilisieren wollte und Grundgesetzestexte wie "Eine Zensur findet nicht statt" als Phrasen einwarf, um die Legitimität seiner antidemokratischen Haltungen zu untermauern, hatte sich im Anschluss wohl, zunächst bei der Rektorin. dann beim Schulamt und schließlich beim Kultusministerium beschwert. Ich hätte die AfD verunglimpft und in den Veranstaltungen Lügen verbreitet. Das Ganze war mit dem Wunsch garniert, dass ich keine Veranstaltungen mehr an Schulen halten sollen dürfe. Frei nach dem Motto: Es ist keine Zensur, wenn er einfach nicht eingeladen wird, so machen sie es ja auch mit uns in den Talkshows.

Wissen, wer die Bösen sind

Ein früher gern gesehener Talkshow-Gast, der heute tatsächlich keine Einladungen mehr erhält, ist Vera Lengsfeld. Mit der ehemaligen DDR-Bürgerrechtlerin hatte ich 2017/18 zwei Veranstaltungen in Deutschland und der Schweiz. Es ging um das Thema Konversion, also um die Veränderung der eigenen Ansichten und Lebensweise. Bei mir hieß das vom Neonazi zum "Linksversifften" und bei ihr von der konservativen Umweltschützerin, die sich gegen eine Diktatur aufgelehnt hatte zur ultrakonservativen "Klimaleugnerin", die sich gegen eine Diktatur auflehnt, in der sie 2020 noch immer zu leben glaubt. Sie hat noch immer das alte Mindset: Wir leben in einer Diktatur, in der Bürgerrechte die ganze Zeit eingeschränkt und unliebsame Meinungen unterdrückt werden. Ich kämpfe nur für die Freiheit, besonders die meiner Kinder.

So legitimierte sie mir gegenüber ihre Unterstützung antifeministischer Bestrebungen, ihre Zusammenarbeit mit der AfD und Schlimmerem. Sie mache all dies, weil sie nicht wolle, dass ihre Tochter später unterdrückt würde und Kopftuch tragen müsse. Frei nach dem Motto: Dann lieber die bürgerliche Dikatur der Erzkonservativen und Faschisten von AfD und Co. Ein Widerspruch, der ihr nicht auffällt, weil der Glaube an die

apokalyptische Fantasie einer nahenden Dystopie einfach stärker ist und den Tag ja auch so angenehm strukturiert: Morgens steht man auf und weiß wer die Bösen sind; abends legt man sich dann nach getaner Arbeit ins Bett, klopft sich beim Zudecken nochmal kurz selbst auf die Schulter, weil man ja ein "gutes Mädchen" war. Lengsfeld verbreitet alternative Fakten über Geflüchtete und Muslime und unterstützt nationalpopulistische Plattformen, wie 'Die Achse des Guten' – auch ich hatte übrigens als Naziaktivist immer nur die besten Absichten und wusste ganz genau Ich und meine Kameraden, wir sind die Guten!

Es geht mir nicht darum Vera Lengsfeld und die anderen Personen an den Pranger zu stellen. Ich meine schlicht, dass sie stellvertretend für eine Reihe von Menschen aus Ost- (und West)Deutschland stehen, die von den Ereignissen der Nachwendezeit und gesellschaftlichen Entwicklungen wie z.B. feministischer und Antidiskrimierungsbestrebungen abgestoßen sind. Sie können offenbar keine Veränderungen aushalten, die nicht ihren Vorstellungen entsprechen und sind zu faul bzw. zu feige, anzuerkennen, dass die Welt auch anders sein könnte, als sie es für richtig empfinden und dadurch vielleicht für viele sogar ein kleines bisschen besser würde. Vera Lengsfeld wie ich selbst als Jugendlicher: das sind (ost)deutsche Biographien gebildeter Menschen, die persönliche Enttäuschung, Wut und oft auch nur vorgestellte Ungerechtigkeitserlebnisse in Vorurteilen und Ressentiment kanalisieren. Aus ihren Leidenserfahrungen speisen sie Rettungswünsche für die eigenen Ideen und Gruppen und im besten Fall Indifferenz und ein vielleicht arrogant, stupide oder kaltherzig wirkendes Taubwerden gegenüber dem Leid aller anderen. Die drastischeren Fälle sind die offenen Abwertungen, das Verunglimpfen, der Hass, bishin zur physischen Vernichtung des imaginierten Feindes.

Strukturelle Gewalt in einer Ellenbogengesellschaft

Der Abbau von Empathie, Solidarität und Anerkennung ist auch durchaus nach der Wende stärkerer Teil des alltäglichen Lebens geworden, als es viele Menschen zuvor in der DDR erlebt hatten. Nicht alle haben den Crashkurs in der oft euphemistisch als .Sozialen Marktwirtschaft' bezeichneten Gesellschaft der BRD gut überstanden, in der Gewaltformen anders ausgestellt sind als im Unrechtsstaat der DDR. In der BRD ist Unrecht teils weniger deutlich sichtbar, teils aber auch vielmehr. Es ist sozial kodiert; wirtschaftlich und juristisch gestützt. Es ist die strukturelle Gewalt einer Wirtschaftsform, die sich eine Gesellschaft nach ihrem Bilde schafft: Konkurrenzkampf und Desinformation als alltäglicher, ganz normaler Teil des marktwirtschaftlichen Miteinanders - klingt ähnlich und ist doch ganz anders als zuvor im Ostblock. Früher hat jeder iedem geholfen, wo er nur konnte, heute leben wir in einer Ellenbogengesellschaft! - mein Vater wurde nicht müde, diese Phrase zu wiederholen. Wo das Gefühl, mit anderen Menschen gemein zu sein, versiegt, werden Menschen gemein und kalt, oder entwickeln heißere Wut. Solidarität erodiert zunehmend und das Befriedigen der eigenen Bedürfnisse wird zum Zweck an sich, ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse anderer. Ich weiß durchaus, dass wir hier keine amerikanischen Zustände haben und viele Menschen sich vehement gegen eine weitere Zerstörung von staatlichen Solidarstrukturen stellen. Corona hat trotz allen Unheils in dieser Hinsicht gezeigt: die Vorstellung des "schlanken Staats", der mit neoliberaler

Agenda alles privatisiert, was nicht niet- und nagelfest ist, hat sich (erneut) in vielen Ländern als wenig krisenfest erwiesen. Aber der Umkehrschluss ist – trotz der Krisenfestigkeit – auch nicht die Antwort: das zurück zum starken Staat ist kein Ausweg, wo sich die unsichtbare Hand des Marktes hier mal zur Faust formt, dort zum Hitlergruß hebt. Wir sehen, dass kapitalistische Modelle auch autoritär staatsgelenkt wie in China oder aber (proto)faschistisch wie früher in Chile und heute in Brasilien, politisch umgesetzt werden können – und das teils mit ebenso beeindruckender wie tödlicher Effizienz.

Es wird zu wenig über die vielen positiven Dinge der Wiedervereinigung berichtet und gesprochen, sagen mir nach solch kritischen Äußerungen dann oft Menschen aus allen Bereichen der Gesellschaft. Das stimmt und muss verändert werden, aber ohne zu überzeichnen oder zu verharmlosen. Die Geschichten und Probleme der Menschen im Osten sollten stärker im medialen Kontext aufscheinen und in der Politik auf eine praktische Weise ernstgenommen werden. Die Demokratie, bzw. um es beim Namen zu nennen: der demokratische Kapitalismus der Bundesrepublik, muss sich heute bewähren gegenüber seinen illiberalen und autoritären Konkurrent - ist er wehrhaft? ist da weniger die Frage als: ist er effizient genug? Nicht das Salbadern über Bürgerrechte und Freiheiten allein kann dies entscheiden. Eine sinnvolle Asyl- und Integrationspolitik auf europäischer Ebene, die der (Mit)Verantwortung Europas an den Kriegen dieser Welt ebenso gerecht wird, wie dem oft inszenierten Eigenanspruch Wiege und Wächter der Menschenrechte zu sein.

Wir müssen uns zuerst halt um unsere eigenen kümmern, sagen die einen dann. Die Bundesrepublik ist ein Einwanderungsland, heisst es von anderer Seite selbstbewusst. Das stimmt sicher für den Westen, der ia auch den relativ auf die Bevölkerungszahl betrachtet immernoch deutlich höheren Zuzug aus dem Osten auffängt. Ostdeutschland hingegen ist kein Einwanderungsland und das machen viele der dort lebenden auch voller Stolz deutlich. Städte wie Dresden bewerben sich selbst als "maximal lokal", als Hort der somewheres, die ihr Dorf oder ihre Stadt zur Welt machen anstatt die Welt zum Dorf. Dass Integration keine Einbahnstraße ist, müssen viele Menschen und Institutionen in unserem Land erst praktisch lernen. Hierzu wäre der Aufbau ländlicher Gegenden durch die Ansiedlung von Ämtern, Unis besonders aber neuer Industrien des digitalen Kapitalismus ebenso von Vorteil wie das Ansiedeln von Geflüchteten, die den Leerstand im Osten gemeinsam mit ansäßigen Firmen aufarbeiten und Geisterortschaften mit neuem Leben füllen könnten. Die Zusammenarbeit könnte vielleicht vorhandene Furcht und Vorurteile voreinander nach und nach abbauen. Der politische und wirtschaftliche Wille hierzu muss sich jedoch noch stärker bilden. Dabei machen Kampagnen, den ländlichen Raum als lebenswerte Alternative zu den überfüllten Großstädten zu erschließen, schon einen guten Anfang. In einigen Regionen gibt es aber trotzdem noch immer nicht mal ordentliches Internet. Um diesen Transformationsprozess der Provinz zu unterstützen, braucht es also eine spürbare Investition in Infrastrukturen, selbst wenn das mancherorts die Verschwörungserzähler auf die Straßen locken wird, die 5G-Masten für Kontrolltürme oder gar Massenvernichtungswaffen halten.

Mein Geburtshaus ist heute übrigens – wie das alte Pionierhaus auch – ein ansehnlich renoviertes Mehrfamlienhaus, in einem Stadtviertel das kaum noch Leerstand hat. Eine Familie wie unsere könnte es sich heute wohl nicht mehr leisten dort auf fast 100 m² zu wohnen. Auch der deregulierte Mietpreismarkt ist ein "Geschenk des Westens" zum Wohle aller, die es sich leisten können.



Anna Kárníková



Das ehemalige Regime habe ich eigentlich nicht erlebt. Es zerfiel, als ich in die erste Klasse kam. Ich gehöre also zu der berühmten ersten Generation, die "nicht vom Kommunismus geprägt" ist. Aber jede Generation ist geprägt. Durch Eltern, die allzu bemüht sind, Ihnen ihre unübertragbare Erfahrung weiterzugeben, und wollen, dass Sie ihre Kämpfe weiterführen; durch Institutionen, die Sie formen und deformieren, durch den öffentlichen Diskurs, der Ihnen in Fleisch und Blut übergegangen ist, ohne dass Sie Notiz davon genommen hätten.

Wenn wir über die Generationen sprechen, die der Entwicklung seit November 1989 ihren Stempel aufgedrückt haben, dann unterscheiden wir meistens zwei von ihnen: Die erste erwischte das Jahr 1989, nachdem sie bereits Grund- und weiterführende Schulen abgeschlossen hatten. Die Tatkräftigsten von ihnen eigneten sich eine Siegermentalität an und die Zeiten ermöglichten es ihnen, Stufen auf der Karriereleiter zu erklimmen, die heute nur schwer vorstellbar sind.

Die Diskussionen drehen sich jedoch noch um eine zweite Generation. Es ist eine jüngere Generation, die sogenannten Millennials, die von den Widersprüchen der Transformation und den zutage tretenden Problemen des Spätkapitalismus bereits vollkommen eingeholt worden ist.

Ich persönlich sehe mich in keiner von beiden. Meine Generation wuchs in den Neunzigerjahren auf und wurde geprägt von einem

sehr langen, rund zwanzigjährigen "Ende der Geschichte". Von einer vollkommenen Zeitlosigkeit, die von den Antiglobalisierungsprotesten um das Jahr 2000 kaum gestört wurde und erst langsam mit einem vorübergehenden Erwachen zur Zeit der Finanzkrise endete. Bei uns wird diese Phase durch die ODS-geführten Regierungen der Jahre 2006 bis 2013 repräsentiert, die systematisch den gesellschaftlichen Zusammenhalt zerrütteten.

Der Widerstand gegen die Einführung von Studiengebühren und die Ablehnung der asozialen Reformen der rechten Regierungen im unter der Finanzkrise wankenden System – das waren die Triebkräfte, die einen Teil unserer Generation zum ersten Mal aktivierten und in politische Konflikte führten. Eben diese Erfahrung des Lebens am "Ende der Geschichte" und die daraus resultierenden systeminternen Bestrebungen sind meiner Meinung nach für uns kennzeichnend.

Anna Kárníková

Geboren 1983, Seit September 2019 Direktorin der ökologischen NGO Bewegung DUHA. Zuvor leitete sie das Zentrum für Verkehr und Energie und die Abteilung für nachhaltige Entwicklung des tschechischen Regierungsamtes, wo sie für die Vorbereitung einer Entwicklungsstrategie für die Tschechische Republik - Tschechien 2030 - verantwortlich war. Sie widmet sich der Verknüpfung sozialer und ökologischer Fragen.

Wenn Sie in einer Zeit leben, die vorgibt, alle großen Probleme der Welt seien schon gelöst, ist Ihr logisches Ziel nur noch, die Gesetzmäßigkeiten des gegenwärtigen Systems zu verstehen – nicht, um es kritisch zu hinterfragen oder gar zu ändern, sondern nur, um in dieser merkwürdigen Zeitlosigkeit "zu zeigen, was ich kann", "mich selbst zu verwirklichen", "zu tun, was mir Spaß macht".

Das persönliche Programm wird einfach, sich irgendwelchen individuellen Strategien zuzuwenden, die einem einfallen oder die gerade in

Mode sind. Das macht aus meiner Generation einerseits eine Generation unmittelbarer Bestrebungen, aber zugleich eine von Misstrauen geprägte, die nicht an die mögliche Existenz einer anderen, besseren Welt glaubt als derjenigen, in der wir leben.

Der Diskurs, der in meiner Jugend vorherrschte, begrenzte klar den Raum für eine akzeptable Politik durch das Narrativ einer erfolgreichen postkommunistischen Transformation. Er verdrängte jede nicht von der liberalen Elite abgesegnete und bescheinigte Transformationserfahrung.

Im Lichte dieses Narratives ist unsere Gesellschaft grundsätzlich nahezu ausschließlich dadurch bedroht, dass Menschen die Vorteile des neuen Regimes nicht würdigen: namentlich die Freiheit des Einzelnen im Sinne einer Abwehr von Eingriffen in sein wirtschaftliches und politisches Leben. Eine weitere Bedrohung stellt demnach eine imaginäre mangelnde Bereitschaft dar, aktiv einer Rückkehr des Kommunismus entgegenzutreten.

Und die Chiffre "Kommunismus" wird angewendet auf alles, was als links gilt: besonders Marktinterventionen im öffentlichen Interesse oder die Orientierung an nicht-individualistischen Werten wie Solidarität oder Gerechtigkeit. Der beschriebene Diskurs verknüpft die Existenz des politischen Systems der Demokratie auch fest mit einem bestimmten wirtschaftlichen System, dem Kapitalismus. Dieser wird als Voraussetzung für Demokratie postuliert.

Bezeichnenderweise handelte es sich nicht nur um einen ideologischen Streit, sondern auch um ein Instrument der kulturellen Identifikation – nicht selten im Widerspruch zu den materiellen Interessen seiner Befürworter. Zudem war es eine ausgefeilte und wirksame politische Strategie: Antikommunismus als Instrument zur Delegitimierung politischer Gegner haben die Politologen Polášek und Koubek treffend analysiert.

Ich würde sagen, dass viele von uns in einem Maße mit diesem Diskurs verschmolzen sind, dass wir die Notwendigkeit zum Suchen nach Alternativen nicht wahrgenommen haben, weil einfach nicht klar war, wozu. Bestandteil der Hegemonie ist nämlich die Fähigkeit, sich selbst und seine Koordinaten unsichtbar, sich zu einer alles erfüllenden Norm zu machen, und sicherzustellen, dass man keine Instrumente besitzt, irgendetwas anderes in den Blick zu nehmen.

Die Gefahr des dominierenden Diskurses in der Ära nach 1989 besteht unter anderem darin, dass er äußerst wirksam für lange Zeit das Nachdenken über Alternativen unmöglich gemacht hat, weshalb wir heute auf seinen einsetzenden Verfall hoffnungslos unvorbereitet sind.

Der Zerfall der Erzählung

Sie können sich wahrscheinlich vorstellen, was für eine Offenbarung es ist, aus einer solchen Welt nach Berlin zu kommen (es war im Jahr 2006) und darüber hinaus an die Freie Universität, die zwar im bürgerlichen Dahlem-Dorf versteckt ist, aber immer noch von der Energie der Studentenbewegung der 1960er Jahre lebt.

Ich starrte buchstäblich auf Aktionen von Studentenvereinigungen, die Solidarität mit mexikanischen Arbeiter_innen zum Ausdruck brachten und zur Zeit der Vorlesungen Lehrsäle, in denen ich ansonsten fleißig deutsche Grammatik lernte, für sich beanspruchten – sei es für öffentliche Debatten oder für die Aushandlung universitätspolitischer Positionen.

Der heutige öffentliche Diskurs ist jedoch nicht mehr so gemeinschaftsstiftend wie zuvor, große Risse und Verschiebungen sind sichtbar. Denn die öffentliche Analyse des Zustands der tschechischen Gesellschaft hat sich in den letzten Jahren verändert und stellt das Narrativ einer erfolgreichen Transformation offen in Frage.

Zum Beispiel ist schrittweise die Legende von den egalitären böhmischen Ländern, in denen es allen etwa gleich gut geht und wo kein Grund besteht, eine bessere Welt anzustreben, zerfallen. Sei es durch die Analyse von Pfändungen, kritische Arbeit mit Indikatoren von Ungleichheit und Armut oder durch Reportagen über prekäre Arbeitsverhältnisse.

Auch die Frage staatlicher Eingriffe beurteilen wir heute ganz anders, wenn auch erst als Folge einer Krise von gewaltigem Ausmaß am Wohnungsmarkt, einer katastrophalen Dürre, oder – aktuell – einer Krise der öffentlichen Gesundheitsversorgung. Der hegemoniale Diskurs bricht unter dem Druck externer Probleme zusammen, aber das mindert nicht im Geringsten die Frustration darüber, dass dies zu langsam und zu spät geschieht.

Die Frage ist, ob wir ihn durch eine andere große Erzählung ersetzen können, oder ob Veränderungen in der Strukturierung des öffentlichen Raums dies heute bereits unmöglich machen. Bislang fassen wir lediglich den Mut, auf einen solchen Paradigmenwechsel zu hoffen.

Wenn sich tatsächlich irgendeine Generation zwischen zwei Welten befindet, dann die meine. Unsere Träume von ökonomischer Sicherheit und Aufschwung haben sich erfüllt, wenn auch keineswegs glorreich, denn die wirklich interessanten Plätze waren bereits belegt, ehe wir erwachsen waren.

Es geht uns heute zu gut, als dass wir radikale Systemgegner sein könnten. Unser Ausgangspunkt ist eine grundsätzlich positive Wahrnehmung des Systems, das uns lange – und in gewisser Hinsicht bis jetzt – in die Karten gespielt hat.

Eine Folge davon ist auch der Umstand, dass wir die Bedeutung der Strukturen kennen und es verstehen, uns darin zu bewegen und in ihnen zu arbeiten. Die Grenzen dessen, was wir erreichen wollen, sind aber bereits vorgegeben, besonders durch unser Vorstellungsvermögen: Unser Horizont ist der Status quo. Am Boden halten uns auch Misstrauen gegenüber großer Systemkritik und unsere Anhänglichkeit an Macht und Autorität. Wir verfügen über kein radikales Narrativ, keine breiteren Solidaritätsnetzwerke oder -bewegungen, nicht einmal über Risikobereitschaft, denn wir haben etwas zu verlieren: Position, Geld, Prestige.

Institutionen als ein Joker

Wir befinden uns jetzt in etwa in der Lebensmitte, und es ist zu erwarten dass die zweite Hälfte spürbar dramatischer sein wird. Es ist offensichtlich, dass wir nicht die ersten waren und es nie sein werden, die sich in Bewegung setzen, die Alternativen formulieren und beginnen, neue Geschichten zu gestalten.

Aber gerade das Grundvertrauen in Strukturen und Institutionen und die daraus resultierende Fähigkeit, in ihnen zu arbeiten, geben unserer Generation so etwas wie einen Joker in die Hand, uns bei den anstehenden Veränderungen einzubringen.

Namentlich die Fähigkeit, Strukturen zu schaffen und zu unterhalten ist grundlegend für jegliche Veränderung. Denn ohne funktionierende Strukturen sind keine Visionen oder Programme durchsetzbar. Mit "Strukturen" meine ich formelle Institutionen, die in der Lage sind, Einzelpersonen langfristig mit einem gemeinsamen Ziel zu verbinden, die Kontinuität bestimmter Ideen oder bestimmter Werte aufrechtzuerhalten und auch die Aushandlung von Interessen oder den Kampf um die Durchsetzung ihrer Visionen zu fördern.

Das mangelnde Vertrauen in sie ist oft verbunden mit Erfahrungen aus der Zeit des ehemaligen Regimes, also mit Enttäuschungen durch nicht funktionierende oder repressive Institutionen. Meiner Meinung nach steht unsere fehlende Bereitschaft, ihre Bedeutung zu akzeptieren und ihre Nützlichkeit zu erkennen ebenso im Zusammenhang mit der nach 1989 entwickelten Vorstellung von der Gesellschaft als einer Gruppe autonomer Einzelner, für die vor allem Raum zur freien Verfolgung ihrer individuellen Strategien zu schaffen ist.

"Freiheit" als Ziel des Transformationsprozesses bedeutete so für viele eine Art Befreiung von "Strukturen". Damit geht aber auch die Verantwortung für andere und gegenüber anderen (Solidarität) verloren und die Möglichkeit, sich durch "Strukturen" zu schützen und die eigenen sowie kollektive Interessen zu vertreten.

Das Wirken in Strukturen birgt auch Gefahren. Im Blick auf meine etwa vierjährige Zeit in der Staatsverwaltung – im Team des Premierministers und später in behördlicher Position – erachte ich es als schwierigste Herausforderung, sich einerseits die Prozesse und die Logik des internen Funktionierens von Institutionen anzueignen, sich andererseits von dieser Logik aber nicht vereinnahmen zu lassen.

Ein Mensch mit Ideen und Ansprüchen, der innerhalb von "Strukturen" operiert, sollte lernen, die Spannung zwischen dem Prozess und dem Ziel aufrechtzuerhalten und damit Raum für Veränderungen zu schaffen. Die Logik der Macht und den inneren Mechanismus staatlicher Verwaltung und Politik zu verstehen, ist nämlich mental nicht weit davon entfernt, diese als alternativlos zu akzeptieren. Von dort ist es nur ein kleiner Schritt zur blinden oder zumindest bequemen Unterstützung des Status quo.

Der ehemalige tschechische Premierminister und Sozialdemokrat Vladimír Špidla hat in einer von Dutzenden inspirierenden Reden in
diesem Zusammenhang auf eine wichtige Sache aufmerksam gemacht.
Politische Parteien sind Strukturen, die Vorstellungen über die Ausrichtung der Gesellschaft entwickeln und mit ihnen in den politischen
Wettbewerb eintreten. Sind sie aber schwach, sei es in der Formulierung der Vision oder in ihrer Umsetzung, schaffen sie Raum für Akteure
wie große Unternehmen oder andere organisierte wirtschaftliche
Interessen, die ihre Visionen weitgehend verdeckt und ohne demokratische Kontrolle durchzusetzen versuchen. Als Konsequenz des
Misstrauens in "traditionelle" Strukturen werden wir zu Spielzeugen in
den Händen von Strukturen, die weniger beeinflussbar und unsichtbarer sind.

Ebenso kontraproduktiv ist unsere Unfähigkeit, die Bedeutung staatlicher Verwaltung und mit ihr der Beamt_innen zu verteidigen. Wenn politische Parteien die Aufgabe haben, Visionen für

die Gesellschaft zu formulieren, dann hat die staatliche Verwaltung als Struktur die Aufgabe, diese zum Leben zu erwecken. Umso mehr in einer sich beschleunigenden, stark vernetzten und immer undurchschaubareren Welt.

Die tschechische Debatte wird vom Inhalt der Politik dominiert, auf Kosten von Diskussionen über ihre Formulierung und Durchsetzung. Ich bezweifle, dass irgendeine der politischen Parteien eine umfassende Vision hat, wie staatliche Verwaltung funktionieren sollte, welche Regierungsführung sie anstrebt und welche staatlichen Strukturen dafür erforderlich sind.

Wenn wir versuchen, in der staatlichen Verwaltung ein Konzept zu erkennen, dann ist es das Konzept des *New public management*, das seit den 1980er Jahren die Anwendung von Marktprinzipien auf die Ausübung staatlicher Macht ausgeweitet hat und ein weiterer logischer Schritt der (neo)liberalen Dominanz sein sollte. Dies ist ein Ansatz, der mittlerweile stark kritisiert und überholt ist, was die Unangemessenheit der Vorstellung bestätigt, "der Staat könne wie eine Firma geführt werden".

Dieses Konzept reagiert nämlich auf komplexe Probleme, indem es sie in "handlebare" Teile zerlegt. Es unterwirft die Bestimmung von Zielen der öffentlichen Politik dem Diktat der Messbarkeit. Im System verstärkt es das Misstrauen und das Unbehagen, durch Audits und Sanktionsinstrumente, Verantwortung zu übernehmen, es bevorzugt den Wettbewerb auf Kosten der Zusammenarbeit. In anderen Teilen der Welt bauen unterdessen Staaten die Resilienz ihrer Strukturen aus, indem sie den Menschen mehr Entscheidungsautonomie geben, die Grenzen der Quantifizierbarkeit von Zielen und Indikatoren in Rechnung stellen, das Feedback aus unteren Verwaltungsebenen stärken, sich auf Werte als Kompass für das Handeln konzentrieren, Raum für Fehler geben, damit Lernprozesse und Innovationen ermöglicht werden und die Fähigkeit der Behörden zur Vernetzung mit anderen Akteuren gestärkt wird.

Auf anderen Feldern der öffentlichen Debatte zerfällt der neoliberale Diskurs heute schon allmählich und – in Konfrontation mit der Realität – durchaus gesetzmäßig. Im Blick auf die staatliche Verwaltung haben wir leider noch gar nicht begonnen, uns damit zu beschäftigen, dass er dort noch vorherrscht.

Unsere staatliche Verwaltung ist auch deshalb schwach und überfordert, weil wir nicht bereit sind, sie in Schutz zu nehmen und in ihre Verbesserung zu investieren. Wenn wir uns ihre Entwicklung wünschen, müssen wir ihre Bedeutung anerkennen – und das geht nicht, indem wir uns aufführen, als wäre alles besser, wenn Beamte nicht existierten oder wenn es zumindest so wenig wie möglich davon gäbe.

In der staatlichen Verwaltung gibt es eine Reihe von Menschen, die das Ethos des Öffentlichen Dienstes vertreten, über ihre Arbeit nachdenken und sie in Übereinstimmung mit neuen Bedürfnissen und Trends erledigen möchten. Viele von ihnen gehören meiner Generation an. Ihre größten Feinde sind die langandauernde Frustration über unklare – oder oft einfach gar keine – politischen Vorgaben, dazu niedrige Einkommen, auch wenn sich in dieser Hinsicht die Situation, namentlich in der zentralen Staatsverwaltung, in letzter Zeit deutlich verbessert hat

Mörderische Ablehnung

Aber die Geschichte geht weiter und Jüngere als ich wissen das sehr gut. Die stillstehende Zeit hat uns auf einmal eingeholt und überholt, aus den Rissen der Ereignisse tauchten Probleme aller Art auf. Unter ihnen die Königin der Gegenwart, der Klimawandel.

Ein absolutes Problem, das unsere Selbstwahrnehmung und unsere Vorstellungskraft auf eine harte Probe stellt. Denn es verbindet schicksalhaft alle Teile der Welt, die Armen und die Reichen, die gegenwärtigen und zukünftigen Generationen. Es ist eine so ungeheuerliche Verletzung der Geschichte von Gesellschaften, die ihre Probleme rational lösen und in denen wir auf dem Höhepunkt der Zivilisation zuzusteuern glaubten, dass ich nicht überrascht bin, wenn einige Leute das Problem einfach leugnen.

Es ist eine Ablehnung in einem bestimmten, verständlichen, sich selbst erhaltenden Sinne. Aber sie ist zugleich mörderisch.

Vor ein paar Tagen kehrte ich aus dem Klimacamp zurück, in diesem Jahr schon dem vierten Jahrgang eines mehrtägigen Treffens von Klimaaktivist_innen, Expert_innen, dessen Höhepunkt eine gewaltfreie Aktion des zivilen Ungehorsams gegen den Abbau und die Verbrennung von Braunkohle war. Es ist eine Veranstaltung, die ins Bewusstsein ruft, was zu tun ist. Es ist schmerzhaft, aus dem psychologischen Komfort herauszutreten, den meiner Generation das "Ende der Geschichte" bescherte. Ebenso schwer ist es, den Machtkonflikt als Voraussetzung für echte Veränderungen mit allen Kosten zu akzeptieren.

Gleichzeitig ist es jedoch ein Ort, an dem wir alle unsere ideologische Programmierung überwinden, an dem sich eine neue Vorstellungskraft entwickelt und Visionen für eine gemeinsame Zukunft formuliert werden. Eine Zukunft, die nicht von den Sorgen unserer Eltern und auch nicht von unsichtbaren Wirtschaftsstrukturen bestimmt wird.

Elisa Gutsche





m Anfang war die Beleidigung," schreibt der französische Soziologe Didier Eribon zu Beginn seiner Betrachtungen zur Schwulenfrage über die Macht der Kränkung, die jeder Schwule irgendwann zu hören bekomme. Die Beleidigung, so Eribon, sei nicht nur ein Urteil auf Lebenszeit, sie forme auch die Subjektivität derjenigen, denen sie gilt.

Auch für mich markiert eine Beleidigung den Beginn von etwas. 2016 sitzen mein Partner und ich an einem Sommerabend in einem Berliner Biergarten. Am Nachbartisch unterhält sich eine Gruppe Kreuzberger über

die jüngsten rassistischen Übergriffe auf Geflüchtete im Osten. "Scheiß Ostpocken!" sagt ein Mann aus der Gruppe so laut, dass es nicht zu überhören ist. Mich trifft dieses Schimpfwort ins Mark – die Gleichsetzung der Ostdeutschen mit einer Krankheit, einem Virus, etwas das es zu bekämpfen gibt. Auf die Verwunderung, dass niemand widerspricht, folgen Wut, Scham, Ekel, Schmerz, abgeschnürte Luft, Tränen.

Der Mann am Nachbartisch wusste nicht wer ich bin, woher ich komme. Er hat mich nicht wahrgenommen, wahrscheinlich hätte es ihn auch nicht interessiert. Auf einmal war ich wieder Ostdeutsche.

Der Begriff *Transformation* passt nicht

In wenigen Wochen begeht Deutschland die Feierlichkeiten zum 30. Jubiläum der Deutschen Einheit. In diesem Jahr wird es aufgrund der Pandemie zwar keine großen Volksfeste geben, aber das Gedenken wird

einem ähnlichen Drehbuch folgen wie auch in den Jahren zuvor. Die deutsche Nation feiert sich selbst – immer im Mittelpunkt: die Überwindung des sozialistischen Unrechtsstaates und der Sieg des liberalen Kapitalismus. Jedes Jahr eine weitere Performance, ein ritualisiertes Erinnern an Friedliche Revolution und Deutsche Einheit mit Gedenkstunden, Reden, Feierstunden mit Streichquartett, klassischen Konzerten und Treffen von Politiker_innen und Zeitzeug_innen. Aber: dieses ritualisierte Erinnern macht einen wichtigen Teil der Geschichte unsichtbar, denn es suggeriert eine abgeschlossene Geschichte mit Happy

Elisa Gutsche

Geboren 1985 in Sachsen.
In ihrer Jugendzeit
engagierte sie sich bei
der Initiative Aktiv gegen
Rechtsextremismus: Aktion
Zivilcourage. Sie hat Jura
und Politikwissenschaft
studiert. Seit 2018 ist sie
Vorsitzende des Vereins
Perspektive3 - Dritte
Generation Ostdeutschland.

End und verdrängt die gewaltvollen Ereignisse der Transformationszeit.

Die sogenannte Wiedervereinigung dieser Tage öffentlich als etwas anderes als eine Erfolgsgeschichte zu erzählen, ist möglich, aber schwierig. Dabei gibt es eine auffällige Kluft zwischen der öffentlichen, der offiziellen, der staatlich und institutionell verankerten Gedenkkultur auf der einen Seite und der privaten, in persönlichen Gesprächen geäußerten Erinnerung an die Wende auf der anderen. Fragt man nach solchen persönlichen Perspektiven, wird schnell deutlich, dass das offizielle Gedenken an die Friedliche Revolution und die Deutsche Einheit als Erfolgsstory auf dem Ausschluss einer Vielzahl von gegenläufigen Geschichten und Erinnerungen basiert.

Erst in den letzten Jahren werden die Ambivalenzen, die viele Ostdeutsche in Bezug auf die Deutsche Einheit spüren, öffentlich formuliert.

Jüngere Stimmen äußern ihre Sicht auf die Dinge, eine Hand voll jüngerer ostdeutscher Initiativen ist glücklicherweise mittlerweile fester Bestandteil des öffentlichen Diskurses und ihr kritischer Blick richtet sich auf das, was nach der Deutschen Einheit geschehen ist.

Mit der Friedlichen Revolution und der Deutschen Einheit änderte sich für die Menschen in der ehemaligen DDR innerhalb kürzester Zeit alles. Auf den Rausch des Mauerfalls angesichts des Gewinns von demokratischen Freiheiten und Bürgerrechten, folgte kurze Zeit später der Kater der Transformationszeit. Die Einheit schlägt eine Schneise der emotionalen Verwüstung durch die ostdeutschen Bundesländer. Währenddessen geht das Leben für die meisten Menschen in Westdeutschland einfach so weiter. Der Begriff *Transformation* reicht eigentlich nicht aus, um die tiefgreifenden Veränderungen und Traumata der frühen neunziger Jahre zu beschreiben.

Blühende Landschaften blieben aus, stattdessen wurde aus Verzweiflung gestorben

Um die volkseigenen Betriebe der DDR zu privatisieren und damit den Übergang von der Planwirtschaft hin zur Marktwirtschaft zu gestalten, wurde die sogenannte Treuhand gegründet. 1989 arbeiteten im Osten noch knapp 50 Prozent der Beschäftigten in der Industrie, 1991 waren es nur noch die Hälfte. Durch die wirtschaftspolitischen Entscheidungen der Transformationszeit gingen allein in den von der Treuhand privatisierten Betrieben 2,6 Millionen Jobs verloren. 2,6 Millionen zerstörte Existenzen und die soziale Deprivation ganzer Landstriche. 2,6 Millionen Leben – durch die neoliberale Transformation Ostdeutschlands in den Grundfesten erschüttert. Bis heute fehlen noch rund 800.000 Jobs im Osten.

Nur rund fünf Prozent der durch die Treuhand abgewickelten Betriebe wurden an Ostdeutsche verkauft, 15 Prozent an ausländische Käufer und rund 80 Prozent an Westdeutsche. Die durch den damaligen Bundeskanzler Helmut Kohl versprochenen blühenden Landschaften hatten sich die meisten wohl anders vorgestellt.

In der ehemaligen DDR hing an einem Arbeitsplatz nicht nur das Einkommen und damit die ökonomische Sicherheit. Auch das soziale Leben kreiste um den Arbeitsplatz. Die Menschen waren in Brigaden organisiert und trafen sich mit ihren Kolleg_innen in der Freizeit. Kinderkrippen- und Kindergartenplätze waren über die Betriebe organisiert, ebenso wie die ärztliche Versorgung. All diese sozialen Verbindungen mitsamt der Versorgungsinfrastruktur löste die Treuhand in Luft auf.

Alkoholismus, Drogenabhängigkeit und Suizid greifen als Folge um sich. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung untersuchte jüngst das Phänomen der sogenannten *Deaths* of *Despair* in Anlehnung an eine amerikanische Studie zum selben Thema von Angus Deaton und Anne Case. Während die Gesamtzahl der Todesfälle durch Suizid, Drogen- und Alkoholmissbrauch in Deutschland im Gegensatz zu den USA rückläufig ist, wird die Statistik hierzulande auch heute noch deutlich von ostdeutschen Männern angeführt. 1991 starben laut der Studie fast 200 Männer und 65 Frauen in der Altersgruppe von 50 bis 54 Jahren pro 100.000 Einwohner_innen in Ostdeutschland den buchstäblichen Tod aus Verzweiflung.¹

Viele Ostdeutsche meiner Generation kennen aus dieser Zeit Geschichten von Ausweglosigkeit, Scham, Angst, Alkoholismus und Suizid in ihren Familien. Hinter den Zahlen verbirgt sich auch der Tod drei meiner Onkel. Einer ist am Alkohol zugrunde gegangen. Die beiden anderen durch Suizid. Nach Jahren der Arbeitslosigkeit, Verzweiflung, Hoffnungslosigkeit, einem zerstückelten Privatleben. In meiner Familie wird bis heute nicht darüber gesprochen.

Ich war vier Jahre alt, als die Mauer fiel. An die DDR erinnere ich mich kaum, auch an keine Demonstrationen oder ähnliches. Meine Eltern waren keine Bürgerrechtler_innen, sondern eine Arbeiterin und ein Arbeiter, in einem kleinen Dorf in der sächsischen Provinz. Ich erinnere mich an Schichtdienste meiner Eltern, daran, dass ich oft von meinem Onkel in den Kindergarten gebracht wurde oder frühmorgens, bevor der Kindergarten geöffnet hatte, meinen Vater an seinen Arbeitsplatz begleitet habe. Parallel dazu schlichen sich immer mehr Angst und Unsicherheit in unser Leben, 1992 und 1993 verloren beide Eltern ihre Jobs. Die Fabrik im Ort schloss ihre Pforten und wurde abgewickelt. Der Betrieb, für den mein Vater gearbeitet hat, wurde privatisiert. Meinem Vater wird, wie unzähligen anderen Vätern, einige Monate später gekündigt. Jahre der finanziellen Unsicherheit, voller Angst und Scham beginnen. In vielen Familien meiner Freundinnen und Freunde herrschte eine ähnliche Situation.

Wir aus dem Osten bekommen kein Erbe

Eine Zeit, die mich bis heute prägt und auch bei vielen meiner ostdeutschen Altersgenoss_innen tiefe Spuren hinterlassen hat. Wir können kaum mit unseren Eltern über diese Zeit sprechen, gehen lieber immer auf Nummer sicher. Wir haben weder finanzkräftige Familien noch erwartbare Erbschaften im Rücken. Wenn es gut gelaufen ist, haben unsere Eltern es geschafft, sich völlig neu zu erfinden, neue Jobs gefunden und einen bescheidenen Wohlstand aufgebaut. Es ist eine Zeit und ein Teil unserer Identität, über die wir erst seit Kurzem anfangen, nachzudenken und zu sprechen, für die wir erst heute Worte finden.

Die politischen Entscheidungen von damals haben Konsequenzen in der Gegenwart: Noch heute besitzen Ostdeutsche nur fünf Prozent des produktiven Vermögens in Ostdeutschland und unter einem Prozent in ganz Deutschland. Die Schieflage bei den Eliten ist ebenso eklatant: In den Bundesministerien stammen von den 120 Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleitern zwei aus dem Osten, die größten deutschen Konzerne werden komplett von Westdeutschen geführt und im letzten Jahr hatte keine staatliche Universität in Deutschland einen ostdeutschen Rektor oder eine ostdeutsche Präsidentin. Ein weiteres Beispiel: Nur drei Prozent der Eliten im Bundesland Sachsen stammen aus dem Osten, der Rest aus den alten Bundesländern. Erst vor zwei Monaten wurde die Juristin Ines Härtel nach fast 30 Jahren deutscher Einheit zur ersten ostdeutschen Richterin am Bundesverfassungsgericht, dem höchsten Gericht des deutschen Staates, ernannt.

Diese Deklassierungserfahrungen schreiben sich heute fort – sowohl kollektiv als auch auf einer individuellen Fbene. Laut dem letzten

Jahresbericht zum Stand der deutschen Einheit fühlen sich 57 Prozent der Ostdeutschen als *Bürger_innen zweiter Klasse*. Die Wiedervereinigung halten nur rund 38 Prozent der Befragten im Osten für gelungen. Bei den Menschen unter 40 Jahren sind es sogar nur rund 20 Prozent.

Auch für meine Generation sind die Folgen der Transformation noch immer spürbar. Sie haben sich tief in das eigene Bewusstsein, das Wertesystem und in Familien eingebrannt. Sie sind spürbar in Lohnunterschieden, in der Anwesenheit oder Abwesenheit von Aufstiegsmöglichkeiten, habituellen Unterschieden, kulturellem Kapital und in der Form von Türen, die sich öffnen, oder verschlossen bleiben.

Viele meiner weißen westdeutschen Freundinnen und Freunde werden beispielsweise erben. Ihre Familien konnten über Generationen Wohlstand aufbauen und somit haben sie bessere Startchancen ins Leben als viele andere. Insbesondere jetzt, mit Mitte dreißig ist dies zu sehen: aus dem angespannten und überhitzten Mietmarkt in den deutschen Großstädten können sie sich dank vorgestreckter Erbschaften und großzügiger Unterstützung ihrer Eltern freikaufen und in sonnigen Eigentumswohnungen mit bodentiefen Fenstern und Fußbodenheizung leben – ohne Sorge um steigende Mieten und Gentrifizierung.

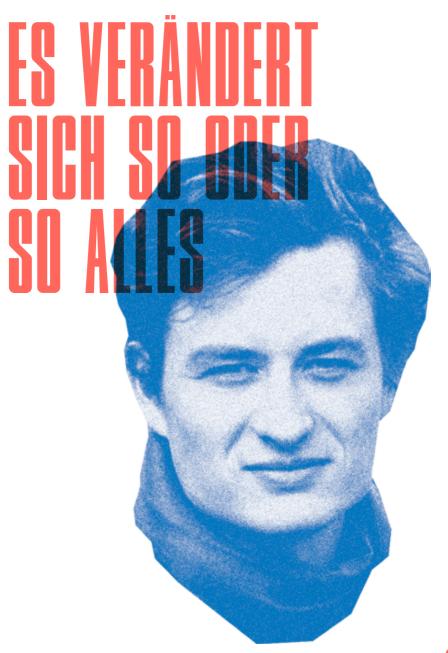
Das alles geschieht vor dem Hintergrund, dass sich Deutschland ohnehin mehr und mehr zu einer Erbengesellschaft entwickelt. Ein politisches Dilemma, das nicht nur die Unterschiede zwischen Ost und West immer weiter zementiert, sondern auch die zwischen arm und reich. An dieser Stelle zeigt sich, wie eng ostdeutsche Identität mit einer inferioren Klassenherkunft verwoben ist.

Manchmal bin ich aus Ratlosigkeit wütend

Neben den materiellen Ungleichheiten sind kulturelle Unterschiede zwischen Ost und West auch immer wieder mal mehr, mal weniger subtil zu spüren. Sei es in der Abwertung eines sächsischen Dialekts oder im gelangweilten Desinteresse an ostdeutscher Geschichte, Kultur und Erfahrung. Was eine ostdeutsche und postkommunistische Identität eigentlich ausmacht – das versuche ich noch immer für mich herauszufinden. Ich weiß, dass ich innerlich ruhelos bin, 30 Jahre später mehr denn je. Als Kind des Postkommunismus bin ich ständig zwischen zwei Welten unterwegs, versuche meine ostdeutsche Identität mit einem westlich geprägten Wertesystem zu vereinbaren, in dem ich mich oft verloren fühle.

Ich bin wütend. Manchmal bin ich auch neidisch, oft einfach ratlos. Auf viele der weiter oben aufgeworfenen Konflikte habe ich keine
Antworten – ich weiß nicht, ob ich sie je finden werde – ob ich je innere
Ruhe finden werde. Was mich aber hoffnungsvoll stimmt: dass es vielen
anderen Menschen, die die Transformationszeit in Ostdeutschland oder
in Osteuropa als Kinder und Jugendliche erlebt haben, auch so geht. Und
dass unsere Generation endlich miteinander ins Gespräch kommt – über
unsere Ambivalenz, unseren Schmerz und unsere Wut.





Josef Patočka



hr müsst wahrscheinlich mal wieder irgendeine Revolution machen", schließt Großvater bei der Feier seines achtzigsten Geburtstags eine unserer Debatten. Wir grinsen uns über den Tisch mit belegten Broten hinweg an. Ausnahmsweise verstehen wir uns.

Das ist keine Selbstverständlichkeit. Es gibt so viele Fragen, über die wir uns streiten – sind die Roma an ihrem Schicksal selber schuld oder ist es der strukturelle Rassismus der tschechischen Gesellschaft? Sind Kriegsflüchtlinge vor allem Menschen, denen geholfen werden muss,

oder stellen sie ein Sicherheitsrisiko dar?

Aber es gibt auch Dinge, über die wir uns trotz aller Alters-, Bildungs- und Schichtenunterschiede einig sind: Er, ein qualifizierter Facharbeiter, der in einer Wohnsiedlung in einer typischen tschechischen Kreisstadt lebt, und ich, ein Millennial in einer Welt der Computer, mit Universitätsabschluss, mit Wohnsitz in Brünn, Prag, Berlin – und wieder zurück.

Über die sozialen Klüfte hinweg teile ich mit den Großeltern eine ähnlich kritische Sicht auf die letzten dreißig Jahre, die Jahre ihres Alters und meiner Jugend. Wir nehmen die "blinden Flecken" – wie der Soziologe Daniel Prokop sie nannte – der Transformationsgeschichte einer erfolgreichen Rückkehr nach Europa deutlich wahr, von wachsenden Ungleichheiten und existenzieller Unsicherheit der unteren Schichten über die Oligarchisierung der Politik bis hin zur eskalierenden Verwüstung der lebendigen Welt.

Josef Patočka

Geboren 1993. Er arbeitet als Journalist für Deník Referendum mit den thematischen Schwerpunkten Klima und Energiepolitik. Bei RESET, einer Plattform für just transition, widmet er sich der Frage eines sozial gerechten Überganges zum nichtfossilen Wirtschaften. Er nimmt an Kampagnen gegen Kohleabbau im Rahmen der Aktivitäten der Bewegung "Limity isme my" teil. Fachlich beschäftig er sich mit politischer Ökologie.

Revolution ist ein starkes Wort: es klingt gefährlich und zugleich lächerlich. Am Ende habe ich an der Schwelle zum Erwachsenenleben den Verdacht, dass die Dinge in gewaltigem Umfang zum Besseren umgestaltet werden müssen, wenn es mit uns nicht böse enden soll.

Generation Z als Enttäuschung ¹

Dies ist ein scheinbar paradoxes Verständnis zwischen einer Generation, die angeblich durch das Leben in Unfreiheit irreparabel verbogen ist, und einer Generation, die als erste "nicht von der Vergangenheit gezeichnet" sein sollte. Es geht nicht darum, dass wir den Wert der Befreiung, die der Sturz der kommunistischen Herrschaft vier Jahre vor meiner Geburt mit sich brachte, nicht anerkennen würden – meine Großmutter beschrieb die Erfahrung unlängst als "umso schöner, da ich schon nicht mehr wagte, darauf zu hoffen". Es ist eher eine gemeinsame Erfahrung späterer Ernüchterung.

Unsere Generation sollte alle Errungenschaften der Transformation nach 1989 erben: eine "freie, demokratische, wirtschaftlich

prosperierende und zugleich sozial gerechte" Republik, von der Václav Havel in seiner ersten Neujahrsansprache als Präsident träumte.

Für andere sicher schon früher, für mich spätestens seit der "Sozialisierung mit Trotz" gegen die Regierung Nečas und ihren Klassenkampf von oben hat dieser Traum bedenkliche Risse bekommen. Die formale Demokratie hat uns von der Unterdrückung in der politischen Sphäre befreit. Der sich globalisierende Kapitalismus, der mit der Demokratie bei uns Einzug hielt, hat im gleichen Zeitraum auf der ganzen Welt Menschen von anderen Dingen "befreit" – von traditionellen Berufen, die durch Privatisierungen vernichtet wurden, von lokalen um sie herum gespannten Netzwerken, später von weiteren sozialen Sicherheiten und von der bloßen Würde.

Im wirtschaftlichen Sektor breitete sich Unterdrückung aus. Während hauptsächlich die Rücksichtslosesten in dem neuen System reüssierten, erweiterten sich die Reihen derer, die von den geleugneten Konsequenzen betroffen waren: miserable Arbeit unter unmenschlichen Bedingungen, belastender Wohnungsmangel, Pfändungen und Armut, sich vertiefende regionale- sowie Klassenunterschiede und politische Ohnmacht.

Als die Menschen, die unter der Transformation zu Schaden kamen, den Schluss zogen, dass die proklamierten Verfechter der Demokratie es nicht gut mit ihnen meinten, wandten sie sich jenen zu, die es mit der Demokratie nicht gut meinen. Statt korrupter Politiker_innen haben wir an der Spitze des Staates Privatisierungsoligarchen, die nicht korrumpieren müssen, weil sie den Staat privatisieren.

Durch ihr Zurückweichen vor dem Kapitalismus hat sich die Demokratie soweit ihrer sozialen Voraussetzungen beraubt, bis die Gefahr entstand, der Kapitalismus könne sich schließlich ihrer ganz entledigen. Darin ist die Entwicklung im postkommunistischen Raum keine Ausnahme und abermals ein "konvexer Spiegel" der Ereignisse, die derzeit die ganze Welt betreffen: Wir sind dem Westen so lange hinterhergelaufen, bis er uns schließlich eingeholt hat.

Ende der Experimente

Ohne Zweifel hat Masaryks Aussage über die sozialen Voraussetzungen einer Demokratie Gültigkeit: Es gehe darum, die Mängel der Demokratie zu überwinden, aber nicht die Demokratie als solche. Und damit wäre wahrlich genug zu tun. Aber wir sind überdies in einer Zeit angekommen, in der das zerstörerische Verhältnis der modernen Zivilisation zum übrigen Leben auf unserem Planeten unmittelbar die Voraussetzungen ihrer eigenen Existenz bedroht.

Trotz eines gewissen Erwachens, das durch den Mahnruf unserer Generation in Form von Streiks an Hochschulen und Blockaden von Kohlegruben ausgelöst wurde, beginnen wir erst, den Ernst der Lage zu erahnen. Die Jahrzehnte der "Globalisierung" und unserer Transformation sind nämlich – keineswegs zufällig – eine Periode kaum fassbarer Beschleunigung, mit der die industrielle Wirtschaft das Gleichgewicht des planetaren Ökosystems beeinträchtigt.

Allein schon die Überhitzung des Planeten durch die Verwendung fossiler Brennstoffe. Mehr als die Hälfte aller Kohlendioxidemissionen, die heute all jene Verwüstungen antreiben, von den Bränden in Kalifornien über die Überschwemmungen in Bangladesch bis zur Dürre bei uns, sind

erst nach 1988, als die Erderwärmung zur allgemein bekannten Tatsache wurde, in die Atmosphäre gelangt.

Wir haben mehr Schaden bewusst angerichtet als absichtslos. Und statt auf die Bremse zu treten, geben wir Gas. Nehmen wir das eskalierende Artensterben, Urwaldrodungen, die Verschmutzung der Ozeane hinzu: Der Trend zu einer immer schnelleren Annäherung an einen Kollaps ist überall ähnlich.

Der Plural – "wir als Menschheit" – ist dabei nicht ganz angemessen. Die Ursachen und Folgen der ökologischen Zerstörung sind in einzelnen Ländern und auf der ganzen Welt ungleich verteilt. Der Lebensstil der Reichsten und die Praktiken der größten Unternehmen sind für den Hauptteil der übermäßigen Belastung verantwortlich. Umgekehrt betreffen die schwerwiegendsten Folgen die Ärmsten und Benachteiligten. Die ökologische Krise verschärft so alle anderen Probleme.

Zu Recht wurde viel über das Scheitern des staatlichen Sozialismus gesprochen. Erst heute beginnen wir langsam zu erfassen, wie tiefgreifend der Kapitalismus, das System, das ihn ersetzt hat, versagt hat – in einem Zeitraum, der nur wenig kürzer ist, als die gesamte Dauer des realsozialistischen Systems bei uns. Durch den glücklichen Zufall unserer Geburt sind wir dem totalitären Experiment des Sozialismus im 20. Jahrhundert entgangen, nur um festzustellen, dass wir in Wirklichkeit in der Endphase eines Experiments leben, das wesentlich früher begonnen hat und viel schlimmer ausgehen kann – des Experiments mit dem Kapitalismus.

Das Wort auf "K"

Wir haben uns daran gewöhnt, den Kapitalismus vor allem mit Unternehmertum und Märkten in Verbindung zu bringen, obwohl beide bereits vor ihm existierten und dies nicht der Kern des Problems ist. Es ist etwas anderes, und es definiert den Kapitalismus als ökonomisches System: die Gewinnmaximierung und daraus folgend das exponentielle Wachstum um jeden Preis.

Unter anderem geht es um ein Problem des Maßstabs: Ein Unternehmer, der ein Gewerbe betreibt, will normalerweise einfach seine Familie ernähren. Damit unterscheidet er sich grundlegend von kapitalgesteuerten, maschinell organisierten Unternehmen, die den Großteil unserer Wirtschaft beherrschen und das Wachstumsprinzip als zentralen Zweck in sich tragen.

Dem ins Fundament unserer Ökonomie einprogrammierten Wachstum opfern wir alles: Sobald es wie in der letzten Krise stagniert, versucht das Kapital, alle Hindernisse zu beseitigen, die ihm im Weg stehen: Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und Kürzungen im Sozialsystem, Senkung der Löhne und eine weitere Ausweitung des Produktionszyklus und des Verbrauchs, der immer mehr Ressourcen aufsaugt und immer mehr Abfall produziert.

Daher muss der schwindelerregende Anstieg von Ungleichheiten und von Emissionen in den letzten Jahrzehnten als Teil derselben Dynamik angesehen werden. Ob es sich um eine Politik der Kürzungen in reichen Ländern oder umgekehrt um das Outsourcing der Produktfertigung in ärmere Staaten mit schlechteren Umweltvorschriften handelt: Beide folgen derselben Logik.

Namentlich die Ungleichheit – der Umstand, dass viele noch immer nicht genug haben, obwohl insgesamt schon lange genug für alle da wäre – treibt dabei das Wachstum in reicheren Ländern wie der Tschechischen Republik an. Also in Ländern, wo es schon lange mitnichten zur Verbesserung der Dinge beiträgt, auf die es wirklich ankommt – von den statistischen Indikatoren für die Lebensqualität bis hin zu einem subjektiven Gefühl der Zufriedenheit.

Paradebeispiel für alle Unzulänglichkeiten ist der Mangel an Wohnraum, der durch die Spekulationen verursacht wurde, die das Finanzkapital auf der Suche nach Wegen unternommen hat, um das Wachstum nach der letzten Krise anzukurbeln. Unerträglich hohe Mieten zwingen die Menschen, immer mehr zu arbeiten, damit mehr Waren zu produzieren, für die sie mehr Ressourcen verbrauchen müssen, und umso mehr müssen die Menschen durch Werbung manipuliert werden, diese Waren zu konsumieren.

Es ist die Ungleichheit, die uns zwingt, diesen Teufelskreis aufrechtzuerhalten, damit selbst die Ärmsten zumindest einige Krümel von dem Kuchen abbekommen können, dessen größter Teil von den Reichsten verspeist wird. Wachstum ist ein einfaches Heilmittel gegen Ungleichheit geworden. Aber in einer Ära der Umweltkrisen ist es das Gift, das uns alle umbringt.

Rückkehr zum Erbe

Erstaunlicherweise muss ich das alles meinem Großvater kaum erklären. Eine kritische Intuition, die sich in seinem Misstrauen gegenüber dem Kapitalismus widerspiegelt, erbte er von seinem Vater, einem Vorkriegskommunisten und Widerstandskämpfer, der später aus der Partei austrat, weil die gute Idee des Sozialismus "von den Menschen verdorben wurde."

Ich erinnere mich, wie schwer es für mich war, mich mit der Tatsache abzufinden, dass zwei meiner Urgroßväter Kommunisten waren. Es passte mir überhaupt nicht, dass ein mir Nahestehender irgendwie an den Schweinereien beteiligt gewesen sein könnte, die ich aus Berichten kannte. Erst später lernte ich den aufrichtigen Glauben zu verstehen, mit dem das sozialistische Programm seinerzeit vielen Menschen als Antwort auf die Probleme erschien, die sie in der Welt sahen und die sie in der Wirtschaftskrise und dem folgenden Krieg am eigenen Leib zu spüren bekamen.

Wir haben diese Erinnerung an den Sozialismus als positive Kraft unterdrückt – in seiner demokratischen, bei uns oppositionellen Form hat er sie stets verkörpert –, nur um heute noch dringlicher mit den Fragen konfrontiert zu werden, die er zu beantworten versuchte. In gewissem Sinne ist unser Herumtasten heute eine Rückkehr zu diesem verdrängten Erbe, zu dessen Bewahrung Havel aufgefordert hat, als er in der erwähnten Rede darauf drängte, die Erfahrung der Diktatur als etwas zu verstehen, was wir selbst getan haben.

Eine solche Rückkehr könnte nicht nur dabei helfen, unbehandelte Wunden in unserer eigenen Gesellschaft zu heilen, die von der unbeantworteten Frage erfüllt ist, warum so viele, die uns nahestehen, die unmenschliche Diktatur am Leben erhielten. Wenn es uns gelänge, dieses Erbe auszugraben und daraus eine Antwort auf die Frage zu gewinnen, was und wie genau wir da eigentlich verdorben haben, könnte dies noch

Milliarden von Menschen außerhalb der postkommunistischen Welt zugutekommen, die wie wir heute immer stärker von der Sehnsucht nach etwas Besserem erfüllt werden.

Jenseits des Wachstumshorizonts

Es wird keineswegs einfach sein, die zerstörerische Dynamik der heutigen Wirtschaft neu zu programmieren, und im Blick auf ihre Eigenbewegung können die Dinge leicht hoffnungslos erscheinen. Aber überall auf der Welt gibt es Menschen – Ökonom_innen und Gewerkschafter_innen, Politiker_innen und Ökolog_innen –, die übersprudeln vor Ideen, die einen Weg über ihren Horizont hinausweisen und die Umrisse einer neuen Ökonomie zeigen.

Der Schlüssel zu einer Antwort liegt in der Überlegung, dass wenn Wachstum eine Medizin gegen Ungleichheit ist, Gleichheit ein Mittel gegen das Wachstum ist. Deshalb können Bestrebungen zur Lösung der ökologischen Krise nur dann erfolgreich sein, wenn sie zugleich soziale Ungerechtigkeiten beseitigen, eine gerechtere Verteilung der Ressourcen fördern und eine demokratische Beteiligung der Menschen an der Entscheidung über ihre Lebensbedingungen sicherstellen.

Was in Amerika "Green New Deal" genannt wird, geht in diese richtige Richtung: Es ist notwendig, dass wir die ökologische Realität, in der wir uns befinden, akzeptieren. Dass wir durch den Übergang zu erneuerbaren Energiequellen und einem emissionsfreien Verkehr rasch den Verbrauch fossiler Brennstoffe senken. In diesem Prozess muss zugleich gewährleistet werden, dass allen menschenwürdige Arbeit, Wohnraum und andere Voraussetzungen eines guten Lebens zur Verfügung stehen. Und dass alle Kräfte des Staates und der Zivilgesellschaft auf diese Aufgabe konzentriert werden.

Eine Ökonomie ohne Wachstum muss aber noch weiter gehen. Es genügt nicht, die fossilen Energieträger einfach zu ersetzen. Der Verbrauch sämtlicher Ressourcen muss gesenkt werden. Wir müssen die systematische Verschwendung beenden, die in einer Politik der "planmäßigen Alterung" sichtbar wird, wenn große Unternehmen absichtlich Produkte so konzipieren, dass sie nicht lange funktionieren. Und wir sollten Produktion relokalisieren, wo immer das möglich ist.

Eine Reduzierung von Produktion und Verbrauch würde im heutigen System zu wirtschaftlicher Rezession, Firmeninsolvenzen und Arbeitslosigkeit führen, wovon die Ärmsten am härtesten betroffen wären. Das dürfen wir nicht zulassen.

Deshalb sollten wir systematisch das Handwerk, kleine und mittlere sowie genossenschaftliche Unternehmen unterstützen. Und die Situation der Beschäftigten verbessern in den heute stark unterbewerteten "fürsorglichen" Sektoren und in öffentlichen Dienstleistungen wie Bildung und Gesundheitsversorgung oder der Pflege alter und gebrechlicher Menschen, Kultur und Natur.

Vor allem sollten wir endlich auf die Forderung hören, dass Fortschritte in der Arbeitsproduktivität nicht die Gewinne der größten Firmen erhöhen, sondern sich in wesentlichen Arbeitszeitverkürzungen unter Beibehaltung oder Erhöhung der Löhne niederschlagen sollten.

Die verbleibende Arbeit sollte gleichmäßig unter den Menschen aufgeteilt werden, die einen Zugewinn an Freizeit hätten. Um sich um ihre

Nächsten zu kümmern, den Garten zu pflegen, für nachbarschaftliche Aktivitäten, Vorlieben und Hobbys und zur Entspannung: ein ruhigeres, weniger hektisches, erfüllteres Leben.

Worüber wir uns einig sind

Ich kann weiterhin mit meinen Großeltern über Dinge streiten, in denen wir nicht übereinstimmen – darüber, wie der Rassismus gegen die Roma, die aufgrund ihrer Hautfarbe am schlimmsten von den heutigen Ungleichheiten betroffen sind, mit all dem zusammenhängt, oder über Flüchtlinge, die aus ihren Ländern vertrieben werden unter anderem durch Pogrome und Konflikte, die wirtschaftlichem und ökologischem Kolonialismus geschuldet sind. Und ich habe nicht vor, einen Zollbreit zurückzuweichen.

Jenseits der Fragen, die uns trennen, versuche ich aber ebenso den Blick darauf zu richten, was uns verbindet. Und darauf zu vertrauen, dass ich mich nicht nur mit meinen Großeltern darüber einigen kann, dass wir in einer Gesellschaft leben möchten, zu der solche Schritte führen würden: In einer Gesellschaft, deren Idee weniger einer Reinkarnation einer vergangenen Diktatur ähnelt, sondern eher jener "freien, demokratischen, wirtschaftlich prosperierenden und zugleich sozial gerechten Republik", von der unsere Vorfahren geträumt haben.

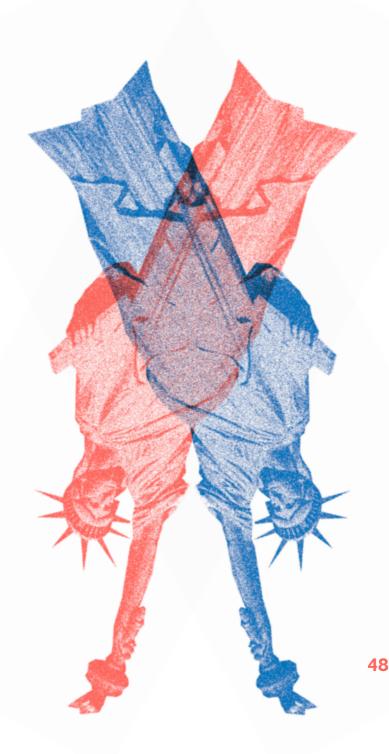
Machen wir uns nichts vor: Um jeden Schritt in Richtung auf eine derartige Gesellschaft werden wir politische Kämpfe mit jenen bestehen müssen, die vom Status quo profitieren, Macht usurpieren und festzuhalten versuchen: Verbände, Oligarchen, Kapital. Gemeinsam suchen wir eine Antwort auf die Schlüsselfrage, wie wir diese Kämpfe mit größeren Erfolgsaussichten bestehen können als bisher. Der erste Schritt aber muss sein: Wenn wir den Menschen die Macht zurückgeben wollen, werden wir neu lernen müssen, mit ihnen zu sprechen und gerade das zu suchen, was uns verbindet.

Es verändert sich so oder so alles

Ich gehöre zur ersten Generation in der neueren tschechischen Geschichte, die in ihrem Leben keine Transformation, keinen tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandel wirklich erlebt hat. Das kann von Vorteil sein, denn wir sind nicht durch historische Traumata der Vergangenheit belastet. Auf seine Weise ist das aber auch ein Hindernis, insofern es für uns – im Unterschied zu unseren Eltern und Großeltern – umso schwieriger ist, sich eine solche Veränderung vorzustellen und für sie zu arbeiten.

Ich weiß aber auch, dass ich zu einer Generation gehöre, die angesichts zunehmender Schreckgespenster einer sich vertiefenden Ungerechtigkeit, absterbender Demokratie und des Klimakollapses eine solche Transformation in Richtung einer sozialen und ökologischen Demokratie vollziehen muss. Andernfalls wird ihr nichts übrigbleiben als die verhängnisvollen Folgen ihres Versagens auszuhalten. Es verändert sich so oder so alles

Man wird uns entgegenhalten, dass das nicht geht, dass man das nicht darf, dass das schon versucht wurde und schlecht ausging. Wenn wir Erfolg haben wollen, müssen wir lernen, darauf zu antworten: "Und trotzdem muss es gemacht werden." Es kann ein Erlebnis sein, das umso schöner ist, weil wir oft schon gar nicht mehr wagen, darauf zu hoffen.



In der Freiheit geboren, von der Freiheit verraten: Was wünschen tschechische und ostdeutsche Kinder des Postkommunismus

Autor innen der Essays:

Elisa Gutsche, Anna Kárníková, Josef Patočka, Lukas Rietzschel,

Klára Vlasáková, Christian Weißgerber

1. Ausgabe, Dezember 2020

Herausgeber:

zastoupení v České republice

Friedrich-Ebert-Stiftung,

150 00 Praha 5 www.fesprag.cz

fesprag@fesprag.cz

in Zusammenarbeit mit Deník

Referendum

Zborovská 27

Redaktion: Kateřina Smejkalová,

Jakub Patočka, Gaby Khazalová

Übersetzungen: Jan Šícha, Werner Imhof

Graphik und Satz: Petr Kněžek [www.vonsaten.net]

ISBN: 978-80-87748-59-6

Die in dieser Publikation geäußerten

Meinungen ensprechend nicht unbedingt den Meinungen der Friedrich-Ebert-Stiftung. Eine kommerzielle Verwendung ist nicht

erlaubt.